

erschienen in: Reetz, Axel: Die Entwicklung der Parteiensysteme in den baltischen Staaten. Vom Beginn des Mehrparteiensystems 1988 bis zu den dritten Wahlen. Wittenbach/SG: Wilhelm Surbir 2004, pp. 160-196.

1 Cf. Fukuyama, Francis: Das Ende der Geschichte. Übers. v. Helmut Dierlamm, Ute Mihr u. Karlheinz Dürr. München: Kindler 1992. Fukuyama behauptet nicht, es werde nichts mehr auf der Welt passieren und die Zeitungen würden leer sein. Er meint nur, die Staaten gingen von autoritären Regimes zur Demokratie über. Dabei werden jedoch ein paar diskussionswürdige Behauptungen aufgestellt: Die liberale Demokratie komme zumindest theoretisch mit Problemen wie Umwelt, Drogen und Kriminalität zurecht (cf. *ibid.*, p.23). Da entsteht ein Widerspruch zu Fukuyamas Ablehnung linker Demokratiekritik, welche dieser Staatsform eine Vernachlässigung der Gleichheit vorwerfe. Nach Fukuyama ist Ungleichheit etwas Normales. Es gebe nun einmal hübschere und hässlichere, begabte und weniger begabte Menschen (cf. *ibid.*, p. 385ff.) Damit nimmt er m.E. nicht zur Kenntnis, dass gerade die Normalität der Unterschiede und der verbreitete Wunsch, derselben zu entkommen, das gesellschaftl. Kernproblem ist, welchem die liberale Demokratie nichts entgegenzusetzen hat. Damit bleibt ein Bodensatz von Problemen bestehen, welcher in der Freiheit unvermeidlich ist. Den Kampf dagegen haben sich meist autoritäre Regimes auf die Fahnen geschrieben. Aber Fukuyama geht mit seiner von Hegel weiterentwickelten Theorie, es ginge dem Mensch um Anerkennung, zu sehr davon aus, die Menschen wüssten die Freiheit zu schätzen. In Wahrheit sind sie in ihrem Streben nach Harmonie und Sicherheit nur zu gerne bereit, Freiheit gegen Ordnung zu tauschen, solange ihnen diese Ordnung gefällt.

2 Von Beyme spricht trotzdem in Bezug auf Osteuropa von der vierten Welle der Demokratisierung: Beyme, Klaus v.: *Transition to Democracy in Eastern Europe*. Basingstoke et al.: Macmillan 1996, p. 149.

3 Cf. Merkel, Wolfgang: Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften. In: Beyme, Klaus v./Offe, Claus (Hg.): *Politische Theorien in der Ära der Transformation*. Sonderh. Politische Vierteljahresschrift

1. Wie verändert sich die Parteienlandschaft?

Mit Hilfe der Identifizierung von Cleavages ist es möglich, das Entstehen der Parteien in den baltischen Staaten zu erklären. Dabei ist es zunächst einmal unwichtig, welcher Art diese Cleavages sind. Während der Übergangsperiode, der Transformation zur Demokratie unter Berücksichtigung der gleichzeitigen wirtschaftlichen Umstellung – im Dilemma der Gleichzeitigkeit – entstehen neue Cleavages. Daher verwundert es zunächst nicht, wenn die Parteienlandschaft zehn Jahre nach der Unabhängigkeit der baltischen Staaten nicht mehr so aussieht wie zu Beginn.

Fukuyama hatte Anfang der 1990er Jahre die optimistische Theorie aufgestellt, durch den weltweiten Durchbruch der liberalen Demokratie sei das Ende der Geschichte erreicht.¹ Dem ersten Augenschein nach zu urteilen, hat die dritte Welle der Demokratisierung² tatsächlich alle Weltregionen ergriffen. Doch nicht jede nominelle Demokratie muss tatsächlich eine sein oder anders formuliert, wie demokratisch sind diese (neuen) Demokratien? Die Beantwortung dieser Frage muss natürlich in Betracht ziehen, dass die Definition von ›Demokratie‹ alles andere als einheitlich ist, und das gilt gleichermaßen für jene Staaten, die anerkanntermaßen Demokratien sind.

Die für den baltischen Fall bedeutenden Aspekte dieses Ansatzes liegen in der Frage des *Demos* und des Ausschlusses nationaler Minderheiten vom politischen Entscheidungsprozess einerseits sowie einem komplexeren zweiten Punkt. Dieser lässt sich umreißen mit Schlagworten wie *Partizipation* und *Zivilgesellschaft*, muss aber als Gegenstand einer tiefen Spaltung in der Politikwissenschaft gelten. Denn es ist umstritten, ob für eine Demokratie die oberflächliche Einhaltung der demokratischen Spielregeln genügt, oder aber ob sie eine demokratische Gesellschaft voraussetzt. Beide Aspekte bedürfen einer genaueren Untersuchung.

Merkel hält es für symptomatisch, dass die Transformationsforschung keine demokratietheoretische Debatte entwickelt habe. In Kulmination der Kritik an diversen Autoren zur Charakterisierung der Demokratie hält Merkel den meisten Kollegen vor, die »soziale und politische Inklusion«³ oder Partizipation unterzubewerten.

Dieses Urteil Merkels überrascht, denn die Diskussion, welche Mindestvoraussetzungen für eine Demokratie gegeben sein müssen, ist durchaus umfangreich. Sie reicht von minimalen Anforderungen wie etwa der fehlenden Sehnsucht nach einem anderen System, genannt »the only game in town«, bis hin zu umfangreichen Forderungen wie dem zweimaligen Machtwechsel als handfestem Beweis. Merkel selbst kritisiert Przeworski, der als stabil nicht das Legitime ansieht, sondern das Fehlen einer Alternative. Merkel pocht auf die Legitimität des Status Quo, also des herrschenden Systems, da nur in einem legitimen System kein Interesse an anderen Modellen aufkomme.⁴ Plasser schließt sich dieser Ansicht an, eine Reduktion einzig auf den Mangel einer Alternative »läßt die Dynamik des demokratischen Wettbewerbs außer acht«. Damit meint er die Gefahr, die von Akteuren ausgeht, welche die demokratische Regeln nicht wertschätzen.⁵ Die Schlussfolgerung: »Eine bloße Alternativenlosigkeit wird daher nicht lange auf das Ausbleiben von Gegenentwürfen bauen können«, geht insofern von einem Automatismus aus, dessen Existenz durch nichts bewiesen ist. Denn wo sich niemand an der Demokratie beteiligt, muss doch keineswegs obligatorisch eine Kraft auf ihren Sturz hinwirken. Und wenn es an Unterstützung ebenso fehlt wie an Gegnern, was soll dann passieren? So meint auch Nørgaard, die Unterstützung für die Demokratie erfolge eher aus dem Mangel an einer Alternative: Es gibt zwar keine Begeisterung für die Demokratie, aber genauso wenig eine ernst zu nehmende Bewegung, die deren Existenz in Frage stellte.⁶ Folglich ist Klingemann zuzustimmen, dass die Unzufriedenheit mit der Performanz der Demokratie nicht automatisch eine Gefährdung der Demokratie bedeutet:

Die Bürger, die mit der gegenwärtigen Performanz der Demokratie unzufrieden sind, bilden nicht notwendigerweise ein Reservoir für antidemokratische Bestrebungen – auch nicht in den neuen Demokratien.⁷

Segert schließt sich dem Minimalstandpunkt insofern an, als er allein das Faktum mehrerer demokratischer Wahlen als Beweis dafür akzeptiert, dass die Parteien funktioniert haben.⁸ Be-

[Opladen] 26/95 (1996), pp. 44-4
4 Ibid., p. 53.

5 Plasser, Fritz / Ulram, Peter / Waldrauch, H.: Politischer Kulturwandel in Ostmitteleuropa. Opladen: Leske & Budrich 1997, p. 50f.

6 Cf. Nørgaard, Ole et al. (Hg.): The Baltic States after Independence. Cheltenham et al.: Elgar 1996 (Studies in Communism in Transition), p. 106, p. 117.

7 Cf. Klingemann, Hans-Dieter: Unterstützung für die Demokratie: Eine globale Analyse für die 1990er Jahre. In: Lauth, Hans-Joachim/Pickel, Gerd/Welzel, Christian: Demokratie-messung: Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich. Wiesbaden: Westdt. Verl. 2000, p. 266, p. 280.

8 Cf. Segert, Dieter: Parteien und Parteiensysteme in der Konsolidierung der Demokratien Osteuropas. In: Merkel, Wolfgang (Hg.): Systemwechsel. Bd. 3: Parteien im Transformationsprozeß. Hg. v. Petra Bendel, Wolfgang Merkel, Eberhard Sand-schneider u. Dieter Segert. Opladen: Leske & Budrich 1997, p. 78.

9 Cf. Maier, Konrad: Estland: Tiger im Baltikum? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 37 v. 04.09.1998, p. 26; Tauber, Joachim: Der schwere Weg nach Westen: Litauen 1990-1998. In: Ibid., p. 43.

10 Cf. Freimanis, Aigars/Semanis, Einars: The Transition of the Political Regime in Latvia. In: Dellenbrant, Jan Åke/Nørgaard, Ole: The Politics of Transition in the Baltic States: Democratization and Economic Reform Policies. Umeå: Dept. of Political Sciences, Univ. of Umeå 1994, p. 65.

11 Cf. Beichelt, Timm: Politische Institutionen und demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa. Manus. 2000, p. 193.

12 Cf. Merkel, Wolfgang/Lauth, Hans-Joachim: Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 6-7 v. 30.01.1998, p. 10.

13 Cf. Wolff-Poweska, Anna: Politische Kultur in den postkommunistischen Gesellschaften. In: Weidenfeld, Werner (Hg.): Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Strategien für Europa. Aktual. u. vollst. überarb. Fassung. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung 1995, p. 47.

14 Cf. Broks, Jānis/Ozoliņš, Uldis/Ozolzile, Gunārs/Tabuns, Aivars/Tisenkopfs, Tālis: Demokrātijas stabilitāte. Latvijā: priekšnoteikumi un izredzes. In: Tabuns, Aivars (Hg.):

zogen auf das Baltikum schließen sich dieser Ansicht sowohl Maier für Estland als auch Tauber für Litauen an; das Parteiensystem habe sich bewährt und die Elite beachte die demokratischen Spielregeln.⁹ Freimanis und Semanis schreiben:

regular elections, partisan competition, associational recognition and access, accountable representation, parliamentary sovereignty, access to several sources of information, the opportunities to offer rival policies and candidates, basic liberal rights and so forth are becoming the expected rule of political life in Latvia.¹⁰

Auch das Kriterium ›Machtwechsel‹, sei es der einmalige oder zweimalige, ist als solches schwierig, denn was ist als ein solcher Machtwechsel zu betrachten, wo mehr oder weniger alle mit allen koalieren? Beichelt behauptet, es wäre zu einer Alternation in der Regierung gekommen mit Ausnahme Estlands, wo alle Parteien Regierungserfahrung haben.¹¹ Das trifft nur bedingt zu, da die Zentrumsparterie in den zehn Jahren nach der Unabhängigkeit nur wenige Monate Regierungserfahrung hatte und erst 2002 wieder an einer Koalition beteiligt war. In Lettland ist die wichtigste Regierungspartei, *Lettlands Weg*, seit 1993 ohne Unterbrechung an der Macht.

Im Umbruchprozess muss sich der Staat im seinem Verständnis von der »Verkörperung repressiver Herrschaft« zum »Garant rechtsstaatlicher Prinzipien« wandeln. Dies verlangt von den Akteuren ein tiefgreifendes Verständnis der Offenheit demokratischer Verfahren. Merkel führt ein Zitat der deutschen Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley an, die sich darüber beklagte, dass der Kampf für Gerechtigkeit mit dem Rechtsstaat endete. »Ein substantielles Mißverständnis gegenüber der primär auf Verfahren gegründeten rechtsstaatlichen Demokratie.«¹² Und das gilt nicht nur in der früheren DDR. Es geschieht für viele Bürger also das Unerwartete und Ungewollte: »Gegen die Ziele der Revolution wie Gleichheit, Wohlstand und Gerechtigkeit führen die neuen Demokratien Ungleichheit ein und spalten die Gesellschaft.«¹³ Demzufolge ist der Blick der Bevölkerung auf den Wandel ein anderer als im Westen erwartet. Die zusammengebrochene Gesellschaft war zwar stabil, aber ungerecht. Die neue wird vielleicht gerecht, ist aber einstweilen noch instabil. Grund für die Instabilität der Demokratie ist das krasse Misstrauen, welches die Bürger ihren staatlichen Organen entgegenbringen. Eine schwere Hypothek, wenn Demokratie nicht nur oberflächlich existieren, sondern tatsächlich verwirklicht werden soll. Lettische Wissenschaftler fragen darum, wie lange ein solches politisches System überleben kann, ohne die Werte der Demokratie zu schädigen, wenn sie auch einstweilen die Entscheidungsprozesse und damit die Stabilität des Staates als nicht gefährdet betrachten.¹⁴

Merkel entwirft das Bild der Zivilgesellschaft als Konfliktgesellschaft,¹⁵ ein Modell, in dem es wesentlich auf die Kompromissfähigkeit der Eliten ankommt, ob sich eine junge Demokratie etablieren kann. Das bezieht sich zunächst auf Verfahrenskompromisse, ob die demokratischen Spielregeln von allen akzeptiert werden. Besser noch gebe es zudem Programm-kompromisse, eine Einigkeit über die wesentlichen Reformen. Kommt es dazu nicht, bestehe die Gefahr eines Rückfalls in ein autoritäres System. Merkel analysiert Staaten, in denen die Demokratie zwar offiziell gesiegt, sich aber nur unzureichend durchgesetzt hat. Was in der Literatur schon als »illiberale Demokratie« aufgetaucht ist, nennen Merkel und Croissant »defekte Demokratien«,¹⁶ welche die »Grauzone« zwischen Demokratie und Diktatur erfassen soll.¹⁷ Zehn Jahre nach Fukuyamas Publikation gewiss eine interessante Möglichkeit, wie mit Abweichungen von der normativen Variante – die auch nach Merkel nicht als makelloser Ideal-fall misszuverstehen ist – umgegangen werden kann.

Auf der Suche nach einer Antwort auf die Frage, warum sich die Parteiensysteme weiterhin ändern, ist schnell erkennbar, dass die Staaten Osteuropas generell eine hohe Volatilität aufweisen. 10-20% geben immer der gleichen Partei die Stimme, 30-40% entscheiden sich spontan.¹⁸ Rund zehn Jahre nach dem Wechsel von der Diktatur zur Demokratie mit etwa drei freien Wahlen in jedem Land ist es noch fast keiner Regierung gelungen, eine Wahl zu gewinnen.¹⁹ Gewählt wurde immer die bisherige Opposition oder eine neue Partei. Hier soll zwischen einem äußeren und einem inneren Aspekt dieses Phänomens unterschieden werden.

Der *innere Aspekt* betrifft die Elite selbst. Die Bevölkerung stimmt eher nach Personen als nach Programmen ab, was in einem späteren Kapitel im Detail behandelt wird. Folglich genießt diejenige Bewegung oder Partei eine größere Popularität, zu der eine populäre Persönlichkeit stößt. Gleichzeitig bringt es Popularität, sich von einer unpopulären Organisation oder Partei, faktischen Bindungen und als korrupt oder dumm erkannten Politikern zu trennen.

Sabiedrības pārmaiņas Latvijā. Rīga: Jumava 1998, p. 143ff., p. 171.

15 Cf. Merkel/Lauth 6-7 v. 30.01.1998, p. 12.

16 Cf. Merkel, Wolfgang/Croissant, Aurel: Formale Institutionen und informale Regeln in defekten Demokratien. In: PVS 1 (2000).

17 Cf. Croissant, Aurel/Thiery, Peter: Von defekten und anderen Demokratien. In: Welttrends 29 (Winter 2000/01), p. 10f.

18 Cf. Meyer, Gerd: Parteien, Wählerverhalten und politische Kultur. In: Der Bürger im Staat 3 (1997), p. 157.

19 Im Sommer 2002 gewannen die Sozialdemokraten zum zweiten Mal hintereinander die Parlamentswahlen in Tschechien. Angesichts der knappen Mehrheit – die Koalition errang nur exakt die absolute – und wegen des Wechsels an der Spitze von Partei und Regierung sieht dieser Sieg nur bedingt wie der Sieg einer amtierenden Regierung aus.

20 Cf. Arter, David: Parties and Democracy in the Post-Soviet Republics: the Case of Estonia. Aldershot et al.: Dartmouth 1996, p. 200.

21 Roma zu 90,1%, Polen 61,7%, Juden 45,4%, Russen 39,1% Weißrussen 20,1% und Ukrainer 6,3%. Cf. Dreifelds, Juris: Latvia in Transition. Cambridge: Cambridge UP 1996, p. 86.

22 Cf. Pettai, Vello/Kreuzer, Marcus: Party Politics in the Baltic States: Social Bases and Institutional Context. In: East European Politics and Societies 13/1 (Winter 1999), p. 168.

23 Cf. Broks/Ozoliņš/Ozolzīle/Taubuns/Tisenkops 1998, p. 171.

Dasselbe Phänomen aus der entgegengesetzten Richtung betrachtet entspricht dem *äußeren Aspekt*. Die Bevölkerung oder der Wähler stimmt für eine Person und folglich für die von ihr gegründete Partei, oder ein Politiker gründet die Partei, nach der die Wählerschaft verlangt.

Da die Parteien aus der Gesellschaft kommen – sei dies nun die Masse des Volkes oder die Elite – könnte ein Blick auf die Transformationstheorien zu begreifen helfen, warum im Laufe dieser zehn Jahre unablässig Veränderungen vonstatten gehen. Dabei handelt es sich einerseits um zunächst nach einer Konsolidierung aussehende Vereinigungen von Parteien ähnlicher Ausrichtung. Gleichzeitig gibt es aber auch Spaltungen und eine große Zahl von Neugründungen.

Um die Zeitdimension wieder aufzunehmen: Eingangs war erklärt worden, dass seit 1988 *de facto* ein Mehrparteiensystem bestand, welches durch die mögliche Teilnahme an Wahlen 1989 zum *Kongress der Volksdeputierten* und 1990 zu den *Obersten Sowjets* bestätigt wurde. Das Parteiensystem blieb vom Datum der international anerkannten Unabhängigkeit an vergleichsweise unbeeinflusst, wandelte sich aber im Rahmen von Parlamentswahlen – jeweils sowohl im Vorfeld als Vorbereitung auf den Urnengang als auch im Anschluss soz. als Ergebnis des (Wahl-)ergebnisses.

Was hatte sich jeweils verändert oder welche Veränderungen wurden behindert? In der Literatur werden immer wieder die inneren Probleme erwähnt, mit denen viele Staaten Osteuropas bei der Konsolidierung der Demokratie kämpfen. Oft untersucht und erwähnt sind ethnische Probleme in ethnisch stark gemischten Staaten. Ein zweites anerkanntes Problem ist die Partizipation. Nachdem der Weg in die Unabhängigkeit die Menschen stark politisiert hatte, folgte eine Phase der Enttäuschungen und des Rückzugs aus dem öffentlichen Leben.

1.1 Ausschluss ethnischer Minderheiten vom Demos

Lettland wird von Merkel wegen der fehlenden automatischen Gewährung der Bürgerrechte für die Minderheiten als defekte Demokratie bezeichnet, obwohl die verfassungsmäßige Ordnung weitgehend von allen – eingeschlossen der Ausgeschlossenen – akzeptiert wird. Es ist schon angesichts der Ergebnisse des Unabhängigkeitsreferendums klar, dass ein großer Teil auch der Minderheiten sich einen Vorteil von der Unabhängigkeit versprach – ganz entgegen der Agitation der Interfront.²⁰ Es ist eine andere Frage, ob sich viele Russen vielleicht nicht vorstellen konnten, plötzlich in einem tendenziell fremden Nationalstaat zu leben.

Die rigide Politik der Staatsbürgerschaft in Estland und Lettland hatte natürlich zunächst eine ausschließende Wirkung, was nur die eine Seite der Nationalitätenpolitik beschreibt, denn sie entwickelte ebenso eine nicht zu unterschätzende homogenisierende Wirkung auf die politisch aktiven Elemente der Gesellschaft.

In Estland konnte 1992 überhaupt keine russische Partei ins Parlament kommen, während 1995 die 5%-Hürde durch eine heterogene Koalition nur knapp überschritten wurde. Somit wurde zum fragilen Beginn der Unabhängigkeit eine extreme Konfrontation aus dem Parlament heraus gehalten.

Anders sah es in Lettland aus, wo v.a. im Osten des Landes eine Minderheit von Nicht-Letten lebt, die dank ihrer Vorfahren von Anfang an im Besitz der Staatsbürgerschaft war. Menschen unterschiedlichster Nationalität hatten hier schon immer gelebt, waren jedoch mehr als die baltischen Titularnationen einer Tendenz zur Russifizierung ausgesetzt.²¹ Mit der politischen Bewegung *Gleichberechtigung*, den späteren Sozialisten, und der *Partei der Volksharmonie* hat diese Bevölkerungsgruppe mindestens zwei Vertretungen im Parlament, die ab 1998 unter dem Namen *Für Menschenrechte in einem integrierten Lettland* eine Fraktionsgemeinschaft bildeten.²² Obwohl beide Listen seit 1993 im Parlament sitzen, weisen die lettischen Wissenschaftler auf das Paradoxon hin, dass die Ausgrenzung anderer Ethnien neben den Letten eine stärkere Konfrontation bis hin zum Patt und zur Verfassungskrise verhindert habe.²³ Darum war die anfängliche Ausgrenzung von der politischen Partizipation vermutlich der politischen Stabilität im Lande dienlich. Inzwischen haben sich die erhofften Vorteile für viele Vertreter der Minderheiten eingestellt. Mit zunehmendem Wunsch nach Einbürgerung drückt sich die Loyalität aus.

Merkel zweifelt mit seiner Beurteilung Lettlands diesen Konsens faktisch an. Seiner Ansicht nach besteht die Gefahr, dass in multi-ethnischen Staaten kein Konsens zustande kommt und demokratische Institutionen ethnische Konflikte verschärfen könnten. Das baltische Beispiel gilt insofern als paradox, weil demokratische Verfahren den Konflikt nach Merckels An-



24 Cf. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. Bd. 4: Die Rolle von Verbänden im Transformationsprozess. Unter Mitarb. v. Katja Gehrt, Peter Birle, Eberhard Sandschneider u. Dieter Segert. Opladen: Leske & Budrich 1999, p. 380f.

25 Ibid., p. 384.

26 Cf. Pabriks, Artis: Komunitārisma un individuālisma vērtību ietekme uz politiskās nācīgas veidošanos Latvijā. In: Pilsoniskā apziņa. Riga 1998, p. 107f.

27 Cf. Merkel 1999, p. 433.

28 Cf. Merkel/Croissant 2000, p. 8.

29 Cf. Beichelt 2000, p. 271.

sicht verschärfen, wenn die Mobilisierung über ethnische Aspekte verläuft. Für solche Staaten fordert er besondere Konfliktlösungsmuster in der Verfassung.²⁴ »Auch hier müssen die baltischen Staaten mit der Diskriminierung der russischen ›Bürger‹ [...] als ein demokratieabträgliches und vernunftwidriges Beispiel für die ethnisch-nationale Definition von *citizenship* gelten.«²⁵ Unter den baltischen Wissenschaftlern pflichtet nur Pabriks bei, der lettische Staat gefährde seine Existenz mit einer Politik, die darauf abzielt, die nicht lettischen Bevölkerungsteile von einer Integration auszuschließen.²⁶ Merkel übersieht, dass die Gefahr, welche der Titularnation durch die Migration drohte, den Reformprozess erst ausgelöst hat und damit natürlich auch sein Inhalt ist, was die Notwendigkeit einer auf Dauer ausgleichenden Politik keineswegs in Abrede stellt.

Doch Merkel überbewertet offensichtlich die Situation grundsätzlich, wenn er den Ausschluss eines Teils der Bevölkerung »von politischen, ökonomischen und sozialen Rechten« als gefährlich bezeichnet.²⁷ Dieser dreifache Eingriff in das alltägliche Leben der Bevölkerung wäre tatsächlich eklatant, allerdings beruht die Bewertung auf falschen Informationen, denn weder in Estland noch in Lettland findet ein Ausschluss der Minderheiten oder Nicht-Staatsbürger von sozialen und ökonomischen Rechten statt.

Merkel spricht außerdem noch vom Ausschluss vom Staatsvolk durch nicht legitim und legal gesetzte Kriterien, sondern auf Grund willkürlicher Entscheidungen der politischen Elite.²⁸ Auch dies ist im Baltikum nicht der Fall, weil der Ausschluss der sowjetischen Migranten keinesfalls willkürlich, sondern auf Grund nachvollziehbarer Kriterien und auf legalem Wege erfolgte, der trotz langjährigen Monitorings durch die OSZE von allen internationalen und europäischen Organisationen in seiner gegenwärtigen Form akzeptiert worden ist.

Diese m.E. falschen Einsichten führen zu Folgeirrtümern, wie der Vergleich zwischen der Zentrumsparterie in Estland und den Sozialdemokraten in Lettland bei Beichelt zeigt. Beide Parteien könnten nach seiner Ansicht die Interessen von benachteiligten Russen vertreten.²⁹ Während Savisaar, mit seiner relativen Mehrheit in der Opposition befindlich, nach 1999 lediglich nach Gegenpositionen zur regierenden Koalition suchte, sind die Sozialdemokraten unter Bojārs viel zu nationalistisch, um für russische Wähler attraktiv zu sein.

1.2 Handlungsspielraum der Elite

In Osteuropa ist das Spannungsfeld zwischen Elite und Masse besonders wichtig, berücksichtigt man das Verhältnis zu sozialistischen Zeiten und die Umstände des Zusammenbruchs der sozialistischen Diktaturen, die von Beyme in drei verschiedene Szenarios einteilt:

1. Erosion der sozialistischen Regierung durch einen mit der Opposition ausgehandelten Wandel.
2. Kollaps durch den Druck einer oppositionellen Massenbewegung.
3. Gelenkter Wandel durch gewendete kommunistische Parteien.³⁰

Charakteristisch für die ehemaligen Sowjetrepubliken ist, dass keine dieser Varianten wirklich zutreffend beschreibt, wie die Wende vonstatten ging. Den Anfang bildete der gelenkte Wandel von Glasnost und Perestroika. Es folgten der *Moskauer Putsch* im August 1991³¹ und die Proteste in Moskau, welche die Putschisten zur Aufgabe nötigten. Boris Jelzins Rolle war dabei sicher wichtiger als die Winter-Barrikaden im Baltikum, er nämlich forderte die Armee auf, den Befehl zu verweigern, um nicht gegen die Verfassung der Sowjetunion zu verstoßen.³²

Das Verhalten von Elite und Masse während des Systemwechsels bezeichnet Merkel als besonders bedeutend für die Transformation. Er bestreitet andererseits, dass die entstehende Demokratie umso stabiler werde, je mehr die Masse am Umbruch beteiligt ist. Als Beispiele nennt er Polen und Ungarn, wo jeweils anhaltende Massenproteste respektive Elitenkompromisse den Systemwechsel begleiteten. Für die zusammenbrechende Sowjetunion gilt das nur eingeschränkt, weil die Unabhängigkeit der baltischen Staaten zum einen von der Demokratisierung der Sowjetunion getrennt gesehen werden muss und gleichzeitig dieses Streben also Folge der gescheiterten Opposition gegen die Reformer Ursache derselben Unabhängigkeit ist, die somit für die Reformer eher aus Versehen eintrat. Zur Demokratisierung und schließlich zur Auflösung der Sowjetunion wäre es aber ohne den Massenprotest in den baltischen Staaten vielleicht nicht gekommen. Oder anders formuliert, die Demonstrationen der Balten sind der Ausgangspunkt der Welle von Veränderungen in der Sowjetunion, in deren Folge auch die anderen, unabhängigen Satellitenstaaten mehr Freiheiten erhielten.

30 Cf. Beyme, Klaus v.: Parteiensysteme und Demokratisierung in Osteuropa. In: Geschichte und Gesellschaft 3 (1992), p. 278.

31 An dem Putsch war u.a. der frühere lettische KP-Chef, Boris Pugo, beteiligt. Nach dem Scheitern erschoss sich Pugo. Cf. Taurēns, Jānis: Latvijas vēstures pamatjautājumi. Riga 1996, p. 143.

32 Nach Butenschöns Ausführungen sei der Umsturzversuch im Baltikum der Probelauf für den Augustputsch gewesen, und die Überlegung sei nicht von der Hand zu weisen, dass die Geschichte anders verlaufen wäre, wenn sich Gorbatschow von den Aktionen der Armee in Vilnius distanziert hätte. Der Staats- und Parteichef schwieg damals jedoch, während die Welt auf das Ende des Ultimatums in Kuwait blickte und es für die Unterstützung der Balten bei verbalen Protesten blieb. Cf. Butenschön, Marianna: Die Stabilisierung der Unabhängigkeit. In: Grotzky, Johannes: Freiheit alleine macht nicht satt. München: Olzog 1996, p. 84f.



33 Cf. Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen: Von der Diktatur zur Demokratie. Opladen: Westdt. Verl. 1999, p. 54.

34 Ibid., p. 143.

35 Cf. Segert, Dieter/Stöss, Richard: Entstehung, Struktur und Entwicklung von Parteiensystemen in Osteuropa nach 1989 – Eine Bilanz. In: Segert, Dieter/Stöss, Richard/Niedermayer, Oskar: Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas. Opladen: Westdt. Verl. 1997, p. 380.

36 Nach Ostrovskas Ansicht ist statt einer ökonomischen Restrukturierung eine Superelite entstanden, die den idealen Nährboden für ein hohes Maß an Korruption bildet. Dabei ist es in einem kleinen Land, in dem sich die Eliten von früher kennen, sicher ohne besondere Anstrengung möglich, Seilschaften zu erhalten. Cf. Ostrovka, Ilze: The State and it's Civil Society: Priorities in a Period of Transition. In: Humanities and Social Sciences 4/13 (1996) u. 1/14 (1997), p. 73.

37 Cf. Beichelt 2000, p. 194, p. 311.

38 Cf. Daatland, Christer Drangshold: From Confusion to Clarity. A Study of the Influential Factors behind the Estonian Party System. Manus., Bergen 1997, p. 1; Soosaar, Enn: Eesti asja arutusi. Tallinn: Tänapäev 2000, p. 85.

39 Cf. Lemke, Jakob: Zwölf Jahre, zwölf Regierungen. Akteure, Ereignisse, Spezifika der litauischen Politik. In: Osteuropa v. 09.10.2002, p. 1243.

40 Cf. Leskats Latvijas Republikas likumdošanas aktos korupcijas novēršanas jomā. Riga 2000, p. 6ff.

41 Cf. Sedlenieks, Klāvs: Lietderīgā korupcija: Latvijas iedzīvotāju uzskati par korupciju, valsti un tirgū. Riga 2000, p. 12, p. 9.

42 Cf. Ostrovka, Ilze: The Institutionalization of Democratization – a Concealed Interest Group. In: Humanities and Social Sciences 1/18 (1998), p. 27f.

43 Cf. Dies.: Nationalism and Democracy: The Choice without Choice. In: Latvijas Universitātes Filozofijas un Socioloģijas institūts. Riga 2000, p. 158.

44 Cf. Meyer, Gerd: Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 10 (1993), p. 6f.

45 Cf. Birkavs, Valdis: Vara un sabiedrība. Riga 1993, p. 11f.

Merkel zufolge belegen empirische Beobachtungen weiter, dass die Massen nur zum Ende des alten Regimes und später während der Konsolidierung als Zivilgesellschaft auftauchen.³³ Während also die Massen – wenn auch anfangs nicht ausschlaggebend – doch sicher ein wichtiger Faktor waren, um Druck auf die Elite auszuüben, hatte diese ihrerseits ein besonders großes Handlungsspektrum. Im Systemwechsel schaffen die Akteure erst die Regeln, nach denen sie anschließend selber spielen. Und zu diesen Akteuren gehören unweigerlich in einer modernen Demokratie auch Parteien. Merkel und Puhle kommen zu dem Schluss, dass überall dort, wo die Parteien noch nicht in diese wichtige Rolle geschlüpft sind, es mit der demokratischen Konsolidierung nicht weit her ist.³⁴ »Erneut bestätigte sich die Erfahrung, daß die Entstehung und Entwicklung moderner Massendemokratien mit der Geschichte politischer Parteien zusammenfällt.«³⁵ Ostrovka drückt die Möglichkeiten zur Stabilisierung der Demokratie plakativ aus, entweder via Stärkung der Zivilgesellschaft oder durch die Liberalisierung der Wirtschaft, wobei die lettische Elite die zweite Variante gewählt habe, um die eigene Autorität zu stärken.³⁶

Die Medien berichten regelmäßig ausführlich über Korruptionsaffären, welche »als Indiz dafür gewertet werden«, dass der Transformationsprozess (hier mit Fokus auf die Privatisierung) von Vorteilnahme geprägt war.³⁷ In Lettland, und nicht allein dort, ist Merkels Kriterium der Ignoranz gegenüber der verfassungsmäßigen Ordnung durch einen Teil der Staatsbürger mit vollen Bürgerrechten zu finden. Weil dies in Osteuropa hauptsächlich unter dem Begriff »Korruption« subsumiert wird, ist eine kurze Auseinandersetzung mit Begriff und Inhalten unabdingbar.

Natürlich sind die Möglichkeiten zur Korruption in Ländern, in denen die Zivilgesellschaft noch nicht funktioniert, größer; illegitimes Handeln kann durchaus noch legal sein, und Schlupflöcher werden genutzt, denn dass »Macht korrumpiert«, ist eine Binsenweisheit.³⁸ Überdies wird – sicher nicht zu Unrecht – »das Austauschen von Gefälligkeiten [...] häufig als Relikt der Sowjetzeit angesehen.«³⁹ Doch oftmals bleibt es bei den Vorwürfen ohne konkrete Beweise bei bloßen Anschuldigungen. Die Einstellung von Bevölkerung und Presse steht in keinem Verhältnis zu den Fakten. 42% der Letten sind der Ansicht, man könne im Lande auf ehrliche Weise nicht reich werden. Daran ist nicht zuletzt die Gesetzgebung Schuld. Die *Assoziation der unabhängiger Kriminologen Lettlands (Latvijas Neatkarīgo Kriminologu Asociācija)* wirft der Anti-Korruptionsgesetzgebung vor, keine konkrete Definition von Korruption zu liefern. Da ist von rechtswidrigen Handlungen und Interessenkonflikten die Rede, welche nicht näher beschrieben werden.⁴⁰ Folglich traut niemand ehrlichen Geschäften. Diese Ideologie aber stigmatisiert alle, die durch Initiative das eigene Auskommen sichern. Reichtum wird mit grundsätzlicher Skepsis entgegengetreten, er wird mit Ungesetzlichkeit und Korruption in Verbindung gebracht. Eine eher marxistisch zu nennende Sicht der Bevölkerung auf die Welt.⁴¹

Wissenschaftler mögen sich dem inhaltlich weniger anschließen, dennoch unterstützen sie mit ihren Ansichten die Volksmeinung und legitimieren sie. Ostrovka ist der Ansicht, dass Politiker in Parteiprogrammen und Reden die Prinzipien der Demokratie auf einem theoretischen Niveau akzeptierten, aber an ihren Handlungen gemessen würden. Und da meinten viele Menschen, das neue Regime sei noch ungerechter als das alte, was sich in den vielen Fällen von Korruption zu bestätigen schien,⁴² die fast nie untersucht würden, was Ostrovka u.a. an der beständigen Erhöhung der Zahl der Beamten misst.⁴³ »Im wirtschaftlichen und sozialen Transformationsprozeß Ostmitteleuropas verstärken sich eher noch die Rolle des Staates und die Erwartungen der Menschen an ihn«, meint Meyer.⁴⁴ Diese inadäquate Haltung sah schon 1993 der spätere Ministerpräsident Lettlands, Birkavs, als eines der größten Probleme seines Landes an. Die Menschen erwarteten von der neuen demokratischen Macht mehr als sie kann,⁴⁵ doch das setzt eine leistungsfähige Wirtschaft sowie eine hohe staatliche Abschöpfung und Umverteilung voraus, und osteuropäische Staaten haben nicht die Mittel im Budget, um breite Bevölkerungsschichten zu unterstützen.

Derart unkonkrete Vorwürfe lassen mehr als fraglich erscheinen, was als Korruption und was eher als Lobbyismus zu werten ist, ein Begriff, mit dem die einheimische Wissenschaft Probleme hat. So verunglimpft Laķis nicht nur konkret den *Klub 21* als Vorläufer der Partei *Lettlands Weg*, sondern bezeichnet den Lobbyismus als allgemeines Phänomen moderner Industriegesellschaften, gegen das zu kämpfen schwierig sei.⁴⁶ Weiter wirft er – die Herkunft der Spitzenpolitiker von *Lettlands Weg* beschreibend – der Politik dieser Partei vor, konkrete Wirtschaftsgruppierungen zu vertreten.⁴⁷ Dem schließt sich als westliche Wissenschaftlerin Matusch an, die Parteien als Interessenmaximierer bestimmter Klientel bezeichnet.⁴⁸ Ostrovka

46 Cf. Laķis, Pēteris: Politiskās elites veidošanās mehānismi postkomunistiskajā sabiedrībā. In: Tabuns, Aivars (Hg.): Sabiedrības pārmaiņas Latvijā. Rīga 1998, p. 194f.

47 Cf. Ders.: Vara un sabiedrība. Vara maiņa Latvijā atpazīdēsimto un devīdēsimto gadu mijā. Rīga 1997, p. 123ff.

48 Cf. Mattusch, Katrin: Vielfalt trotz ähnlicher Geschichte. Die drei baltischen Staaten und ihre unterschiedlichen Parteiensysteme. In: Segert, Dieter (Hg.): Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989. Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverl. 1996.

49 In der lettischen Literatur wird der Begriff »grupējumi« (Gruppierungen) für das verwendet, was im Dt. eine Seilschaft oder Oligarchen ist. Gerade angesichts der Notwendigkeit, politische Freundeskreise im Vor-Partei-Stadium oder aber Listenkoalitionen als Gruppierung zu bezeichnen, soll für den hier gemeinten Gegenstand der Begriff der Oligarchen und Seilschaften zum besseren Verständnis genutzt werden.

50 Cf. Ostrovska, Ilze: 6. Saeimas vēlēšanās: izvēle un rezultāti. In: Socioloģijas un politoloģijas žurnāls 7 (Mai 1996), p. 46f.

51 Cf. Dies.: Politiskā vara. Rīga 1991, p. 16.

52 Cf. Klāsons, Gints: Politiskās elites rekrutācijas avoti Latvijā 7. Saeimas laikā. Rīga: Bakkalaureatsarbei der Univ. Lettland 2001, p. 55.

53 Cf. Broks/Ozoliņš/Ozolzīle/Tabuns/Tisenkopfs 1998, p. 168. Das Originalzitat: »savdabīgu, latentu lobisma institūciju«.

54 Cf. Merkel/Puhle 1999, p. 150.

55 Cf. Nørgaard 1996, p. 225.

56 Cf. Nissinen, Marja: Latvia's Transition to a Market Economy. Political Determinants of Economic Reform Policy. London: Macmillan 1999, p. 202ff.

57 Cf. Ostrovksa 1991, p. 16.

58 Cf. Dies. 1996 u. 1997, p. 66.

59 Juchler hat in einer Zufriedenheitsstudie dieses Ergebnis relativiert, denn auch im Westen sind viele Menschen der Ansicht, die Politiker kümmern sich nicht um die Probleme des kleinen Mannes. Cf. Juchler, Jakob: Osteuropa im Umbruch: politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993 – Gesamtüberblick und Fallstudien. Zürich: Seismo 1994, p. 14.

weitet den Vorwurf aus: Wirtschaftliche Interessen als gemeinsames Ziel aller Gruppierungen⁴⁹ stünden an Stelle ideologischer Auseinandersetzungen.⁵⁰ Ein Vorwurf, der zunächst absurd klingt, sind doch auch in westlichen Demokratien die Zeiten ideologischer Grabenkämpfe einer moderneren Interessenvertretung gewichen, wie von Beymes oben zitierter Buchtitel von den »professionalisierten Wählerparteien« beschreibt. Zudem definiert sie den Begriff »Gruppierung«, »Seilschaften« oder »Oligarchen« nicht und grenzt ihn auch nicht vom Lobbyismus ab, dessen Ziel es sei, Dokumente und Argumente vorzubereiten, welche den entsprechenden Regierungsvertretern Hilfestellung geben sollen.⁵¹ Das klingt so, als würde die Lobby einer bestimmten Branche dem für sie zuständigen Minister, dessen persönliche Einstellung zu dieser oder jener Fragestellung im Nebel lassend, dabei helfen müssen, seine Meinung zu formulieren, als gäbe es keine Ministerialverwaltung mit Experten.

Ostrovksa und Laķis unterscheiden gleichermaßen nicht zwischen Lobbyismus und Korruption, definieren nicht, wo die Grenze der legitimen und für den Pluralismus notwendigen Interessenvertretung liegt. So sieht einzig Klāsons die Verbindung von Politik und Wirtschaft nicht nur negativ, sondern hält offen sichtbare Kooperation, die dem Wähler Klarheit verschafft, für sinnvoll.⁵² Andere lettische Autoren formulieren den Vorwurf denn auch freundlicher und mithin treffender sowie gegen die Parteien allgemein gerichtet; sie sprechen von finanzieller Abhängigkeit, welche die Parteien zu »eigenartigen, latenten Lobbyismus-Institutionen« degradieren.⁵³ Dessen ungeachtet behaupten Merkel und Puhle wiederum, es gebe in Osteuropa *keinen* Klientelismus.⁵⁴

Die einzige westliche Autorin, die sich intensiv mit der Verstrickung zwischen Wirtschaft und Politik in Lettland beschäftigt, ist Nissinen. Sie wiederholt im Wesentlichen nur die Vorwürfe lettischer Wissenschaftler, was den Verdacht aufkommen lässt, dass sie vielen Informationen ungeprüft Glauben schenkt. Nørgaard schließt sich dem Urteil vom korrupten Lettland an, ohne im einschlägigen Kapitel eindeutige Beweise oder aussagekräftige Beispiele zu liefern. Es bleibt beim Hörensagen, denn die simple Feststellung Nørgaards, die Bürokratie werde von Letten bestellt, während große Teile der Wirtschaftselite nichtlettisch sind,⁵⁵ kann allein keine Erklärung bieten. Die ebenso simple Feststellung Nissinens, ein Vorteil an Informiertheit für Insider bedeute einen Vorteil bei der Privatisierung wie etwa im Fall Šķēle als früherem stellvertretenden Landwirtschaftsminister, der in der Lebensmittelindustrie Fuß fasste, ist so trivial wie die Charakterisierung von *Hausherr* als Business-Partei der Klientel mit Ostkontakten. Nichtsdestotrotz kommt auch Nissinen nicht daran vorbei zugeben zu müssen, dass wesentliche Sponsoren von Parteien wie die Parex-Bank das gesamte politische Spektrum fördern. Mit einem Wort, die Vorwürfe bleiben abermals unkonkret bis widersprüchlich. So kommt sie zu dem wenig überraschenden Schluss: »[I]t is difficult to make a distinction between bribery and normal lobbying in Latvia.«⁵⁶

Diese Beobachtungen und Behauptungen sowie deren recht unterschiedliche Interpretation zusammenfassend werden die Schwierigkeiten auf der Suche nach einer Erklärung deutlich. Vermengt wird in dieser Diskussion generell und in den baltischen Staaten im Besonderen nicht nur, welche und v.a. wessen Interessen zu vertreten legitim ist, sondern auch welche Interessen überhaupt da sind. Denn dass eine Handvoll Unternehmer konkrete Interessen hat, ist so logisch wie deren Artikulation verständlich. Und das findet in den baltischen Republiken statt. Da diese Interessen die Mehrheit der Bevölkerung nicht berühren oder die Bevölkerung wenigstens glaubt, sie berührten sie nicht, sieht die Wissenschaft in der Verbindung zwischen Politik und Wirtschaft Seilschaften und Oligarchien entstehen. Ostrovksa konstruiert für Lettland ein Anti-Modell, in dem statt demokratischer Entwicklung auf Grund der Unterstützung durch eine breite Masse diese das Objekt von Manipulation durch Seilschaften sei.⁵⁷ Damit widerspricht sie der eigenen Behauptung, die Massen träten die Verantwortung gerne an die Elite ab.⁵⁸ Darin manifestiert sich die Repräsentationsfrage als Problem der lettischen Politikwissenschaft.

In dieser Atmosphäre wird das Parteiensystem sowohl durch informelle Strukturen geschwächt, welche den verfassungsmäßigen Entscheidungsprozess teilweise überlagern, als auch durch die Reaktion der Öffentlichkeit. Zwei Aspekte, die sich gegenseitig ergänzen. Die fehlende Beteiligung der Bevölkerung setzt dem Machtanspruch der Elite nichts entgegen und überlässt kampflös jenen Kräften – also Gruppierungen, Oligarchen oder Seilschaften, denen sie sowieso kein Vertrauen schenkt, ein Vakuum, was die Unzufriedenheit⁵⁹ mit der als oberflächlich empfundenen Demokratie noch multipliziert.

60 Cf. Ostrovska 1996 u. 1997, p. 69.

61 Cf. Merkel/Lauth v. 30.01.1998,
p. 4.

62 Cf. Boulanger, Christian: »Politische Kultur« und »Zivilgesellschaft« in der Transformationsforschung: Versuch einer Annäherung und Kritik. In: Berliner Osteuropa-Info 13 (1999), p. 14f.; Ágh, Attila: Die neuen politischen Eliten in Mitteleuropa. In: Wollmann, Helmut/Wiesenthal, Helmut/Bönker, Frank (Hg.): Transformationen sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs, Leviathan Sonderh. 15 (1995), p. 429.

63 Cf. Klāsons 2001, p. 30f., p. 54. Das Originalzitat: »Ļoti daudz no bijušajiem nomenklatūras pārstāvjiem pārmaiņu laikā saskatīja iespēju kļūt bagātiem – iespēju kļūt par īpašniekiem tam, ko līdz šim viņi tikai kontrolēja.«

64 Cf. Juchler, Jakob: Der wirtschaftliche und politische Transformationsprozess Osteuropas in komparativer Perspektive. Projektbericht für die *World Society Foundation*. Zürich 2000, p. 5f.

65 Cf. Brooks, Jānis/Ozoliņš, Uldis/Ozolzile, Gunārs/Tabuns, Aivars/Tisenkopfs, Tālis: The Formation of New Political Systems and the Question of Democratic Stability: The Case of Latvia. Manus. s.a., p. 3.

66 Cf. Zepa, Brigita: Līdzdalība kā politiskās nācīgas veidošanās nosacījums. In: *Pilsoniskā apziņa* [Riga] (1998), p. 234.

67 Cf. Žeruoelis, Darius: Change and Stability in Emerging East European Party Systems: What the Relevance of West European Party Models. The London School of Economics and Political Science: Diss.[masch] s.a., p. 11.

68 »They versus us« schreibt auch Mény, Yves: The People, the Elites and the Populist Challenge. Key note address to the German Political Science Ass. Meeting, Bamberg, October 1997, p. 9.

69 Cf. Šteins, Valdis: Partiju spektrs Latvijā. In: *Diena* v. 19.03.1992.

1.3 Legitimationsdefizit

Wenn die Wissenschaft den Parteien vorwirft, Interessen zu vertreten, die nicht existieren, oder schlimmer noch Partikularinteressen sind, dann stellt sich die Frage, was mit den Massen geschehen ist, welche die Eliten des alten Regimes zum Umdenken bewegt hatten. Welche Interessen bestehen dort? Wie sind sie zu repräsentieren? Wenn die Hauptakteure Parteien sind, wen repräsentieren sie?

Nachdem die Unabhängigkeit erreicht war, glaubte die Masse, ihre Aufgabe erfüllt zu haben und erwartete, dass sich die nationale Elite künftig um sie kümmern werde. Diese Erwartung wurde von vielen schnell als fataler Irrtum erkannt, wobei die Masse oftmals dennoch hofft, diese Situation möge sich mit der Wahl eines neuen Volkstribunen beim nächsten Urenengang bessern.⁶⁰ Damit stellt sich automatisch die Frage, welche Bedeutung die Massen haben; Merkel und Lauth folgend: Welche Bedeutung muss der Zivilgesellschaft für die Demokratie zugebilligt werden? Und welche Form der Zivilgesellschaft erweist sich in welcher Phase als günstig?⁶¹ Denn das Modell der Zivilgesellschaft ist als Maßstab gleichermaßen umstritten. Analytiker, die stabile Elitenbündnisse als Garant für das Funktionieren der Demokratie annehmen, unter ihnen Ágh, hielten die demokratische Einstellung oder das demokratische Verhalten der Bevölkerung eher für die Konsequenz oder das Ergebnis, und nicht für die Ursache oder Voraussetzung einer stabilen Demokratie.⁶²

Politik ist in keinem Staat beliebt. Sie wird überall als *schmutziges Geschäft* bezeichnet. Und dennoch, was als politische Kultur bezeichnet wird, unterscheidet sich von Staat zu Staat. In Lettland äußert sich der Missmut in einer besonders häufigen Verwendung des Wortes »Volk«, womit sich der Sprecher von der Politik oder besser der politischen Elite abgrenzt, die sich um das Volk nicht kümmere, so der Volksmund, welcher deshalb Politiker gerne als *Diebe* bezeichnet, weil sie sowohl ob ihrer Stellung als auch dank der Unordnung der Übergangszeit mehr Möglichkeiten hatten und diese teilweise illegal auszunutzen verstanden, wie Klāsons bestätigt: »Viele der früheren Vertreter der Nomenklatura sahen in der Periode des Umbruchs die Möglichkeit reich zu werden – Eigentümer dessen zu werden, was sie bis dahin nur kontrolliert hatten.« Jedenfalls war es der politischen Elite möglich, während des Privatisierungsprozesses die Gesetzgebung nach ihren Bedürfnissen zu beeinflussen.⁶³ Juchler unterstützt diese These vollumfänglich:

Während des Umstellungsprozesses entstanden neue spezifische Produktionsverhältnisse. Dabei mischten sich die entstehenden kapitalistischen Verhältnisse mit Elementen des alten Systems, insbesondere den korporatistischen und klientelistischen Geflechten sowie den bürokratisch-staatlichen Zuteilungsmechanismen. Der Kampf um die Neuverteilung der Ressourcen und Spitzenpositionen wurde recht rüde ausgetragen, was in Osteuropa zu entsprechenden Bezeichnungen wie »Filzkapitalismus«, »wilder Kapitalismus« bis hin zu »Banditenkapitalismus« führte. Wichtige Folgen dieser neuen Verhältnisse waren die Schwächung der regulativen und sozialen Funktionen des Staates sowie eine zunehmende Ungleichheit, die vor allem in Ländern mit geringen rechtsstaatlichen und »zivilgesellschaftlichen« Traditionen enorme Ausmasse annahm.⁶⁴

Deshalb ist lettischen Sozialwissenschaftlern nur zuzustimmen, wenn sie meinen: »Most residents perceive such policies as an unwillingness of the elite to understand the ordinary people«, sondern: »Population regards politicians as more caring for themselves than for the people.«⁶⁵ Bestenfalls wird Politik – ausschließlich im negativen Sinne – als Kampf um Einfluss-sphären und Macht begriffen, was sie freilich auch ist. Die Bürger fühlen sich von der politischen Elite entfremdet, was sich in grundlegendem Misstrauen äußert.⁶⁶ Und darin sind sich Wissenschaftler und Volksmeinung im Baltikum einig, wie Žeruoelis' Quintessenz belegt: »East European parties seem to be more interested in governance than in interest aggregation.«⁶⁷ In diesem Wir-Verständnis⁶⁸ äußert sich zum einen das sowjetische, kollektivistische Erbe, aber auch die romantische Erinnerung an die Zeiten des nationalen Erwachens, als im Winter 1991 die Menschen auf den Barrikaden in Tallinn, Riga und Vilnius alle nur ein Ziel hatten: die Unabhängigkeit. Aus dieser Homogenität leiten viele ein zu ideales Verständnis des gesellschaftlichen Willens her, das wenig real ist, nichtsdestotrotz als solches aber auch von der einheimischen Wissenschaft propagiert wird. Der Geograf und Politiker Šteins will jeden Bürger an der Lösung politischer Probleme beteiligen.⁶⁹ Die Idee der repräsentativen Demokratie, die Entscheidungen delegiert, wird da noch eher goutiert als bei Ozoliņš, dessen Definition von

70 Cf. Ozoliņš, Pēteris: Politiskā ētika un nevardarbība. Riga 1990, p. 3f., p. 9

71 Cf. Ašmanis, Miķelis: Personība politikā. Riga 1991, p. 11.

72 Cf. Merkel 1999, p. 137.

73 Cf. Meyer 1993, p. 10.

74 Cf. Merkel 1996, p. 33ff., p. 44; Ders.: Institutionalisation der Demokratie in Ostmitteleuropa. In: Ders./Sandschneider, Eberhard/Segert, Dieter (Hg.): Systemwechsel. Bd. 2: Die Institutionalisierung der Demokratie. Opladen: Leske & Budrich 1996, p. 95; Segert 2000/01, p. 37; cf. Klingemann 2000, p. 266.

75 Cf. Merkel/Croissant 2000, p. 5, p. 10ff.

76 Cf. Offe, Claus: Der Tunnel am Ende des Lichts. Frankfurt/M.: Campus 1994, p. 82ff.

77 Ibid., p. 90f.

78 Cf. Ostrovska 1996 u. 1997, p. 68.

79 Cf. Meyer, Gerd: Zwischen Haben und Sein. Psychische Aspekte des Transformationsprozesses in postkommunistischen Gesellschaften; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 5 (1997) v. 24.01.1997, p. 18.

80 Cf. Merkel/Lauth v. 30.01.1998, p. 4, p. 6, p. 9.

Macht eindeutig negativ ausfällt. Es handele sich um die Fähigkeit und Möglichkeit einer Gruppe, anderen ihren Willen aufzuzwingen. Immerhin rechnet Ozoliņš dem Politikbegriff im Gegensatz zur Moral den Zwang zum Kompromiss zu. Nur machten sich dort mehr und mehr Konfrontation und Ungeduld breit, das stünde im Gegensatz zu den Prinzipien der Demokratie.⁷⁰ Ašmanis vertritt die Ansicht, Politiker dürften nicht ihre persönlichen Interessen vertreten, sondern müssten eine gesellschaftlichen Schicht repräsentieren, wenn nicht gar gesamtgesellschaftlich agierend das Gemeinwohl fördern.⁷¹ Als Lehrbuchweisheit gewiss zutreffend, entpuppt sich diese Vorstellung in der Realität als normatives Politikverständnis, das eine tiefgreifende Legitimationskrise der Elite zur Folge hat. Und die manifestiert sich an den in den Augen der Bevölkerung unzureichenden Politikergebnissen.

Merkel beklagt, es werde nur diskutiert, welcher Weg die Demokratie zu konsolidieren hilft, nicht aber die Frage, welches Eliten- und Massenverhalten diesen Prozess begünstigen oder behindern könnte, und setzt selbst den Maßstab eines Minimums »diffuse Unterstützung«. Nur wenn es einen Ausgleich zwischen der Interessenvertretung und dem Allgemeinwohl gebe, erhalte ein System die nötige Zustimmung der Bevölkerung, seine Legitimität.⁷² Und genau dieser ist einstweilen in den baltischen Republiken nicht gegeben, was vermischt mit weiteren aktuellen und tagespolitischen Problemen zu einem gefährlichen »Polit-Cocktail« der jungen Demokratie wird, wie Meyer hinzufügt:

Vor allem aber läßt sich eine weit verbreitete, zugleich tradierte und neu wachsende politische Apathie sowie ein teils latenter, teils manifester Autoritarismus als Ausdruck der Legitimationsschwierigkeiten des politischen Systems beobachten.⁷³

Merkel sieht die Gefahr sicher zu Recht, dass das Vertrauen der Bevölkerung in demokratische Institutionen gestört wird, wenn es nicht sogar gar nicht erst entstehen kann.⁷⁴ Während das soziale Leben in den im Autoritarismus eingeübten Strukturen verharret,⁷⁵ stehen dem Populismus Tür und Tor offen. Offe sieht in diesen Überlegungen eine Herausforderung für die Demokratietheorie: Ergebnisorientiert als institutionelles Mittel zur Förderung des gesellschaftlichen Fortschritts oder verfahrensorientiert. Die Demokratietheorie sehe sich darum plötzlich vor die Frage gestellt, wie ein bloß auf Verfahren gestütztes System die zum Erhalt nötige Validität entfalten soll.⁷⁶

Dabei soll hier freilich nicht behauptet werden, das Politikergebnis in Demokratien stimme in aller Regel mit der Intention der Politik überein, von der Zufriedenheit der Bevölkerung einmal abgesehen. Offes Vorhersage, dass sich bald nach dem Abebben der Erinnerung an das noch schlechtere System Unzufriedenheit einstellen wird, ist keine Hellschere. Politische Apathie, Passivität, schwindende Beteiligung und Anti-Politik sind, wie vielfach beschrieben, bereits deutlich sichtbar. Offe sieht die einzige Chance darin, die unter Glasnost eingeführten Mechanismen der Selbstbeobachtung zu stärken. Die Gesellschaft könnte ein stetig zunehmendes Verlangen danach haben, politische und ökonomische Vorgänge zu verstehen. Das Gegenzenario ist simplifizierende Mythenbildung⁷⁷ – wie es zum Teil in Erinnerung an die Barrikaden der Fall ist, wenn Ostrovska unter Zivilgesellschaft eine Institution in Opposition zum Regime versteht.⁷⁸ Wie soll das in einer Demokratie funktionieren? Dieses Verständnis steht ganz im Gegensatz zum westlichen, »wo es um die innere Freiheit und demokratischen Konfliktaustrag, um Eigeninitiative und Selbstbestimmung, um Verantwortungsbewußtsein und gesellschaftliche Rationalität geht«, an Stelle der früheren paternalistischen Fürsorge von der Wiege bis zur Bahre, auf niedrigem Niveau aber mit sozialer Sicherheit gepaart mit Bevormundung und Unterdrückung, so Meyer. Da gebe es erhebliche Defizite.⁷⁹ Es geht um »Beobachten und Kontrolle der staatlichen Macht« sowie »die Erzeugung, Aggregation und Artikulation gemeinschaftlicher Interessen« woraus sich die Eliten für den staatlichen Apparat rekrutieren. Bei dem »alten« oder »frühen« Verständnis von Zivilgesellschaft handelt es sich eher um etwas, das inhaltlich dem Begriff der »Zivilcourage« näher kommt, denn zunächst ging es unter der Diktatur um die Organisation des Widerstandes gegen autoritäre Strukturen mit einer »homogenen Ausrichtung an gemeinsamen Werten – Demokratie, Menschenrecht und Rechtsstaat«. Dies geht über die Notwendigkeit hinaus, demokratische Institutionen zu bilden und die Repräsentation von Partikularinteressen zu übernehmen.⁸⁰

Doch so wenig das Politikergebnis vorhersagbar ist, so wenig ist die Intention eine konkrete. Immerhin gesteht Ašmanis den Politikern zu, der oft zu hörende Vorwurf, ein konkreter Politiker sei nicht fähig, die versprochenen Ziele zu erreichen, sei ungerechtfertigt:

81 Cf. Ašmanis, Miķelis: Politikas saturs. Rīga 1995, p. 19ff. Das Originalzitat: »Politika ir sabiedrības īpašību un objektīvo likumu apzināta izmantošana, tāpēc sabiedrības un sabiedrisko procesu īpašības ir politikas objektīvas robežas.«

82 Cf. Offe 1994, p. 86ff.

83 Cf. Ágh 1995, p. 431.

84 Cf. Birkavs 1993, p. 12f.

85 Cf. Putniņa, Aivita: Strādāsīm vai noalgosim Antiņu? Interview in: <http://www.politika.lv> v. 11.09.2001

86 Cf. Nørgaard 1996, p. 224.

87 Cf. Ostrovska 2000, p. 158.

Politik ist die bewußte Nutzung von Eigenschaften und objektiven Gesetzmäßigkeiten einer Gesellschaft, deshalb sind die Gesellschaft und die Eigenschaften der gesellschaftlichen Prozesse die objektiven Grenzen der Politik.⁸¹

Das schließt ein, worauf Offe ebenfalls verweist: die demokratische politische Kultur ist auf eine Akzeptanz des ungewissen Politikergebnisses angewiesen, welche sich im Westen aus dem kapitalistischen Positivsummen-Spiel ergibt. In Osteuropa könne man das aber nicht voraussetzen,⁸² oder wenigstens noch nicht. Das Baltikum befindet sich noch in einer Phase, in welcher es v.a. um die Gesetzmäßigkeit dieser Prozesse und die Frage, wie versteckt oder offen sie stattfinden, geht. Trotz bestehenden institutionellen Rahmens sind die Mechanismen noch nicht eingespielt, das Ergebnis der Politikformulierung und des Entscheidungsprozesses bleibt damit einstweilen unberechenbar.

Birkavs beklagte noch vor seinem Amtsantritt als Ministerpräsident, eines der größten Probleme in der Politik sei die fehlende Professionalisierung. Das sagt auch Ágh: »[T]ransitorische politische Eliten weisen augenfällige gemeinsame Merkmale auf: ihren plötzlichen Aufstieg zur Macht und den Mangel an Professionalität.«⁸³ Oft fehlten die elementarsten Formen der Selbstkritik. Während die Machtorgane nicht oder noch nicht effektiv funktionieren, verfügen die Spitzenpolitiker über eine große Machtfülle. Diese Autorität in der Transformationsperiode macht die Massenmeinung abhängig von Personen, mehr denn von Parteiprogrammen,⁸⁴ was separat Gegenstand eines Kapitels sein wird. Entsprechend gehen Menschen mit guten Vorsätzen in die Politik, scheitern jedoch, weil der administrative Unterbau über nicht genügend Wissen und Fähigkeiten verfügt.⁸⁵ Die baltischen Staaten brauchen darum zunächst mehr Bürokratie im Sinne einer ordentlichen Staatsverwaltung, weil die Behörden derzeit ob ihrer sowjetischen Vergangenheit nicht in der Lage sind, die Funktionen einer modernen Verwaltung zu übernehmen.⁸⁶ Der Staat hat zwar mit dem Ende der Diktatur eine Reihe von Funktionen abgegeben, doch durch den Prozess der Erneuerung auch eine Reihe hinzugekommen, weil die Bewältigung des Wandels auf Grund der Schwäche der Verbände volles Engagement verlangt.⁸⁷ Für die Frage der Glaubwürdigkeit der Politik in der Bevölkerung sind diese Schwächen von großer Bedeutung, wie Segert korrekt erinnert: Die politische Information geht hauptsächlich über die Medien, kaum über das Institutionengefüge.⁸⁸ Und dort ist das Interesse an Objektivität geringer denn an Schlagzeilen.

88 Cf. Segert/Stöss 1997, p. 389.

89 Cf. Croissant/Thiery 2000/01, p. 20ff., p. 26; auch Dies.: Defekte Demokratie. Konzept, Operationalisierung und Messung. In: Lauth/Pickel/Welzel 2000, p. 96ff. Diese Annahme findet ihre Parallele in dem schon vorher erörterten angeblichen Ausschluss der Minderheiten vom politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben.

90 Cf. Palidaukaitė, Jolanta: The Development of Lithuanian Political Culture during the Re-establishment and Strengthening of Independence. A Summary of Doctoral Dissertation. Kaunas 1996, p. 12.

91 Cf. Aarelaid-Tart, Aili: Political Generations in Estonia: A Historical Background to the Formation of the Contemporary Political Scene. In: Frentzel-Zagórska, Janina/Wasilewski, Jacek: The Second Generation of Democratic Elites in Central and Eastern Europe. Warschau 2000, p. 118.

1.4 Passivität der Masse

Croissants und Thierys Kriterium ist, ob eine Gesellschaft »eine öffentliche Arena zur Beeinflussung der Repräsentanten und Entscheidungsträger ausbilden kann«. Damit beziehen sie sich auf eine Elite, welche die demokratischen Regeln nicht akzeptiert und darum eine solche Arena nicht entstehen lässt.

Wenn der formale Ausschluß vom Demos nicht nach Maßgabe unpersönlich und überparteilich gesetzter Kriterien erfolgt, sondern der willkürlichen Entscheidung politischer Autoritäten unterliegt.⁸⁹

Und auf den ersten Blick teilen baltische Wissenschaftler wie Palidaukaitė dieses Urteil:

There is a desire to concentrate authority in government institutions, so it is difficult to expect that citizens would respect such institutions, and be involved in social, political and public life.⁹⁰

Croissant und Thiery erwähnen zwar die Möglichkeit, eine Öffentlichkeit herzustellen, prüfen aber nicht, ob die Bevölkerung überhaupt eine Öffentlichkeit herstellen will. Während also Palidaukaitė offen lässt, von welcher Seite der Wunsch nach Autorität ausgeht, von der Elite oder der Bevölkerung, figuriert bei Croissant und Thiery die Schuld der Elite zwischen den Zeilen schon als gegeben.

Die Elite ist jedoch im Baltikum mit einer Öffentlichkeit konfrontiert, welche ihre Meinung bestenfalls zu Hause vor dem Fernseher äußert, wie Aarelaid-Tart beschreibt:

Now we live in conditions of free market economy and democracy, but people cannot yet cope with this change very well, and therefore the elite has to push in around and act within the limits of a restricted democracy.⁹¹

92 Cf. Juchler, Jakob: Ende des Sozialismus – Triumph des Kapitalismus? Eine vergleichende Studie moderner Gesellschaftssysteme. Zürich: Seismo 1992, p. 331; Ostrovska 1996 u. 1997, p. 78.

93 Cf. Ostrovska 1996 u. 1997, p. 78.

94 Cf. Segert, Dieter: Die Entwicklung der Parteienlandschaft im ostmitteleuropäischen Transformationsprozeß. In: Süßmuth, Hans (Hg.): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989-1995. Dokumentation der Tagung *Der Transformationsprozeß in den Reformstaaten Ostmitteleuropas*, 13-16. Dezember 1995, Leutherheider Forum/Veranst.: Adalbert-Stiftung-Krefeld, Historisches Seminar VII der Heinrich-Heine-Univ. Düsseldorf. Baden-Baden: Nomos, p. 108.

95 Cf. Segert, Dieter/Machos, Csilla (Hg.): Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure. Opladen: Westdt. Verl. 1995, p. 303.

96 Cf. Zepa, Brigita: Līdzdalība kā politiskās nācīgas veidošanās nosacījums. In: *Pilsoniskā apziņa* [Riga] (1998), p. 233.

97 Cf. Ašmanis 1995, p. 9.

98 Cf. Glaeßner, Gert-Joachim: Demokratisierung nach dem Ende des Kommunismus. Opladen: Westdt. Verl. 1994, p. 246f.

99 Cf. Widmaier, Ulrich/Gawrich, Andrea/Becker, Ute: Regierungssysteme Zentral- und Osteuropas. Opladen: Leski & Budrich 1999, p. 178; Merkel 1999, p. 160.

100 Cf. Ašmanis 1995, p. 19ff.

101 Cf. Klingemann 2000, p. 281, p. 290.

102 Cf. Ostrovska 1996 u. 1997, p. 78.

103 Cf. Arter 1996, p. 205, p. 234.

104 Cf. Soosaar 2000, p. 86.

105 Ibid.

106 Cf. Segert, Dieter: Geschichte des Spätsocialismus als Schlüssel zum Verständnis »postkommunistischer« Parteiensysteme. In: Segert 1996, p. 14.

Es gibt dafür plausible Gründe. Der Mangel an Beteiligung geht zuvorderst zurück auf das Interesse des Überlebens.

Because most residents are pre-occupied with issues of simple survival, it is understandable that people have no burning desire to become involved in the activities of non-governmental organizations.⁹²

Von der politischen Frage kommt Ostrovska zu den sozialen Folgen, »there has been a process of social disintegration, accompanied by gradual loss of legitimacy for the parliamentary democracy, and this, quite possible, may provoke authoritarianism.«⁹³ Dem pflichtet Segert bei:

Die erworbene Abneigung gegen die vorangegangene autoritäre Form der Politik mischt sich in bedenklicher Weise mit Frustration gegenüber den Resultaten einer Demokratisierung, die fast ausschließlich durch die Parteiliten getragen wird.⁹⁴

Genau hier liegt die größte Gefahr für die Demokratie, wenn sich die Bürger an ihr nicht beteiligen.⁹⁵ Doch die Partizipationsbereitschaft der Bevölkerung ist gering, wie Zepa konstatiert, und damit die Existenz von Interessengruppen.⁹⁶ Aber ohne pluralistische Entscheidungsfindung als Verbindung von Politik und Gesellschaft ereignen sich politische Prozesse – also das erwähnte Positivsummen-Spiel der Handlungen einzelner zur Befriedigung ihrer persönlichen Interessen, die teils im Widerspruch zueinander stehenden – nicht von selbst, so Ašmanis.⁹⁷

Die Parteien sind, ob schwach oder nicht, just deshalb so wichtige Akteure in der Transformation, weil andere Akteure wie politische Interessengruppen noch schwächer sind oder teilweise gar nicht existieren.⁹⁸ Die Entstehung vieler Parteien aus dem Parlament heraus, denen darum die Wurzeln in der Gesellschaft fehlen, wurde bereits erläutert. Die Parteien sind aus demselben Grund überfordert, die fehlenden Aktivitäten des intermediären Bereiches zu kompensieren.⁹⁹ Die subjektiven Grenzen der Politik sind ihrerseits von dem Niveau des Verständnisses jedes Einzelnen abhängig, also davon, wie viele engagierte und kompetente Personen eine Gesellschaft für die Elite rekrutieren kann.¹⁰⁰ Das kann sich im Rahmen der Lernfähigkeit einer Gesellschaft mit der Zeit ändern. Einstweilen entspricht die Realität jedoch gewiss nicht dem Ideal. Wenn Klingemann in einer unzufriedenen Bevölkerung nicht unbedingt eine Gefahr für die Demokratie sieht, scheint dies also berechtigt; für seinen Optimismus, dieser Personenkreis sei der Quell für Reformen, fehlt andererseits – so dies als Muss und nicht als Kann verstanden werden will – eine schlüssige Begründung.¹⁰¹

Fest steht zwar, dass die Interessen sich während der Transformation verändern, was den Prozess der Demokratisierung und die Interessenvertretung beflügeln könnte. Doch kommt die gesellschaftliche Ausdifferenzierung über die Unterscheidung zwischen arm und reich hinaus nur schleppend voran. Eine Mittelschicht existiert so gut wie überhaupt nicht. Folglich fällt vielen die Orientierung im politischen Leben schwer:

Most residents still have problems in understanding their own social interests, in connecting these interest with those of the political system, and in identifying themselves with any specific social groups.¹⁰²

Arter berichtet von der Konfusion einer älteren Dame angesichts der reinen Vielzahl an Parteien. Sie habe gefragt, warum denn eine Partei nicht genüge. Auf die Erwiderung, diese Situation habe man nun ein halbes Jahrhundert gehabt, gab sie nach und forderte derer drei oder vier.¹⁰³ Solchen Gedanken erliegen allerdings auch Intellektuelle wie der Este Soosaar. Der Streit zwischen den Parteien fordere zu viel Zeit, die eigentlich der Lösung von Problemen gewidmet werden müsste.¹⁰⁴ Das klingt wie eine Anleihe an das sogenannte »gesunde Volksempfindens« und mischt sich auf fatale Weise mit Vergleichen, stabil seien weltweit nur jene Demokratien, die zwei bis drei große Parteien haben.¹⁰⁵

Vor diesem Hintergrund ist die Rezeption der Parteien und der Politikangebote zu betrachten. »Tatsächlich läßt sich die Tendenz beobachten, daß die von den Parteien aufgeworfenen politischen Fragen von den Alltagsorgen der Mehrheit der Bürger abgehoben ist.« Die Ursache sei, dass die Bürger und zum Teil auch die Politiker mit dem Inhalt der Themen überfordert seien, demnach also nicht die Wahl der Themen selbst falsch sei.¹⁰⁶ Ob dies nun als Vorwurf gegen die politische Klasse verstanden oder die Ursache eher in einem Mangel an politischer Bildung gesucht wird, ändert nichts am Resultat: Die meisten Balten fühlen sich von der Elite ihres Landes entfremdet, was im krassen Kontrast zur Zeit des nationalen Erwachens steht, als die Bevölkerung motiviert und politisch aktiv war. In der damaligen Phase der Demokratisie-



107 Cf. Segert, Dieter: Aufstieg der (kommunistischen) Nachfolge-Parteien? In: Wollmann/Wiesenthal/Frank 1995, p. 465.

108 Cf. Segert 2000/01, p. 45.

109 Cf. Ostrovska 2000, p. 156.

110 Cf. Nørgaard 1996, p. 106, p. 223.

111 Cf. Reetz, Axel: From Personality to Anti-coalition. Exclusion as a Principle of Coalition Making. In: The Monthly Survey of Baltic and Post-Soviet Politics 6/108 [Tallinn] (2001/02); Ders.: Politiku var ignorēt, taču no tās neizbēgt. In: Diena v. 27.02.2001.

112 Cf. Putniņa v. 11.09.2001.

113 Cf. Meyer 1993, p. 6f.

114 Cf. Meyer v. 24.01.1997, p. 20.

115 Cf. Tabuns, Aivars/Tabuna, Ausma: Estraged Europeans – Sociological Investigation of Latvian Society. In: Humanities and Social Sciences 1/22 (1999), p. 26ff.

116 Cf. Putniņa v. 11.09.2001.

117 Cf. Birkavs 1993, p. 12.

118 Cf. Merkel 1999, p. 166; Uhl, Manfred: Verfassungen in den politischen Systemtransformationen Osteuropas: die postsozialistischen Verfassungen in der Russischen Föderation, Belarus und Lettland. Würzburg: Ergon 1999, p. 254.

119 Cf. Reinap, Aivar: Eesti Raudtee ei saa üksi hakkama. In: Postimees v. 30.04.2001.

rung wurde offensichtlich von der Mehrheit nicht mehr wahrgenommen, dass es auch eine Minderheit gibt, die gegen die Unabhängigkeit ist, respektive diese Minderheit wurde nicht als zugehörig betrachtet, was angesichts der Verbindung zur Moskauer Zentrale vielleicht weniger verwundert als die schwache Erinnerung daran, wie schon damals um den rechten Weg zum Ziele gerungen wurde.

Die Bereitschaft einer Mehrheit der Bevölkerung war groß, an die Stelle des Zukunftsglaubens (in den Kommunismus) einen anderen (in Marktwirtschaft und Demokratie) zu setzen.¹⁰⁷

Viele wussten jedoch nicht, was diese Begriffe eigentlich beinhalten. Darum wurden viele Idole, darunter auch der westliche Kapitalismus, nicht hinterfragt, was auf die Erwartung hinausläuft, die Vorteile des alten Systems ließen sich mit dem Angestrebten verbinden oder seien sogar automatisch ein Teil dessen.

Osteuropa votierte, vereinfacht gesagt, für die Demokratie, weil es jene als sicheren Weg des Anschlusses an die im Grad an Freiheit und Wohlstand vorausseilenden Gesellschaften Westeuropas und Nordamerikas begriff.¹⁰⁸

Denn Wohlstand sei heute wichtiger als der Nationalstaat, meint Segert. Für die baltischen Staaten, denen der Begriff ›Nation‹ in den letzten Jahren eminent wichtig war, gilt das nur bedingt. Laut Ostrovska herrsche ein Verständnis des Staates als Repräsentation einer Nation vor, deren Existenzberechtigung die ökonomische Konkurrenz ist, und sie fasst plakativ zusammen: »If the price for sovereignty (understood as a nation state), is democracy – let it be democracy.«¹⁰⁹ Dem pflichtet Nørgaard bei, die Beliebtheit der Demokratie hänge davon ab, ob sie Wohlfahrt und Sicherheit für ihre Bürger bringe: »Liberty was perceived as national independence rather than liberal democracy. Democracy became identical with Western economic and social welfare.«¹¹⁰

Jetzt haben die Bürger der neuen Demokratien Schwierigkeiten, sich von den alten Strukturen zu lösen, zu begreifen und sich damit abzufinden, dass die Gesellschaft sich verändert, verschiedene Schichten mit ihren unterschiedlichen Interessen entstehen, deren Lobbying in Demokratien zum politischen Alltag gehört.¹¹¹ Das Organisieren von Interessen gilt noch als unfein, oder wie es Putniņa ausdrückt, das Modell der Zivilgesellschaft wird weder verstanden noch akzeptiert.¹¹²

Viele Menschen müssen sich erst daran gewöhnen, wie und in welchem Maße Unternehmergewinne ganz legal und legitim vereinnahmt und z.T. im Prestigekonsum wieder zur Schau gestellt werden.¹¹³

Mit einem Wort: »Das Neue verunsicherte zutiefst«,¹¹⁴ verbunden mit der entsprechenden Idealisierung des Vergangenen und daraus folgenden Erwartungen.

Die waren geprägt von der Illusion, dass »everything will be all right when freedom comes [...] many people in society have a paternalistic perception of democracy, believing that ›if the right people are in power‹, the situation will improve.«¹¹⁵ Marktwirtschaft wird nach wie vor mit automatischem Wohlstand und Demokratie mit der Durchsetzung eines nicht näher definierten gemeinen Volkswillens verwechselt. Solange die Bevölkerung unzufrieden ist, wird statt dessen nach immer neuen *Führern* gesucht, die dem eigenen Ideal eher entsprechen und für Ordnung sorgen,¹¹⁶ was der Suche nach dem Heil in immer neuen Worthülsen entspricht. Dieser treue Glaube stützt sich auf totalitäre Prinzipien.¹¹⁷ Wenn sich die Vorstellungen trotzdem nicht verwirklichen, entsteht eine ablehnende Einstellung gegenüber jeder Form der Macht und damit der Politik an sich.

Dieses Problem findet sich auch in Sachfragen, anhand derer eine starke Mobilisierung der Bevölkerung zur Polarisierung führen kann, die einschneidende Reformmaßnahmen der Regierung blockiert und die Akteure verunsichert, wie das Beispiel des nicht einmal durchgeführten Referendums zur Frage der Privatisierung des lettischen Strommonopolisten *Latvenergo* gezeigt hat. Dies wird von der lettischen Verfassung mit ihren plebiszitären Sonderrechten gefördert.¹¹⁸ Reinap erklärt in einem Interview, warum das Volk sich von einem Staatsunternehmen nicht trennen möchte. Das Volk habe eine zu positive Meinung über die Möglichkeiten des Staates, obwohl die Ansichten über Politiker und Beamte äußerst negativ ausfallen. Trotzdem halten die Menschen dieselben Kader für fähiger, ein Unternehmen zu führen.¹¹⁹

120 Cf. Ostrovska 1991, p. 26, p. 28.

121 Cf. Putniņa v. 11.09.2001.

122 Cf. Freimanis, Aigars/Semanis, Einars: The Transition of the Political Regime in Latvia. In: Dellenbrant/Nørgaard 1994, p. 70.

123 Cf. Segert 1997, p. 81.

124 Cf. Ostrovska 2000, p. 159.

125 Cf. Merkel/Puhle 1999, p. 157f. Angesichts dieser Erkenntnis verwundert die Behauptung Vesters, die Stärke der westlichen Demokratien, die just in der Selbstregulierung durch soziale Gruppen liegt, sei von der Forschung merkwürdigerweise nicht aufgegriffen worden. Cf. Vester, Michael: Bilanz und Perspektiven der Transformationsforschung, Interview. In: Hochschule Ost 1-2 (2000), p. 18f.

126 Cf. Widmaier/Gawrich/Becker 1999, p. 188f.

127 Cf. Nørgaard 1996, p. 111.

128 Cf. Ostrovska v. 05.01.996, p. 2f.

Warum die politische Kultur so unrealistisch ist, erklärt Ostrovska: Um ein marxistisch-leninistisches Gesellschaftsmodell umzusetzen, war zunächst eine Entfremdung von individuellen und kollektiven Interessen erforderlich. Als Folge der Verstaatlichung und Etatisierung ist ein Typ Masse entstanden, in dem der einzelne Mensch vor der staatlichen Macht, ja vor jedem einzelnen Vorgesetzten einerseits Angst hat und gleichzeitig eine umfangreiche Versorgung erwartet. Daraus entspringt eine grundlegende Entfremdung von politischer und wirtschaftlicher Macht und somit eine allgemeine politische Passivität. Dieser Effekt hängt nach Ansicht von Ostrovska nicht mit dem von der Propaganda behaupteten kollektiven Bewusstsein zusammen.¹²⁰ Neben diesem Erklärungsversuch deutet Putniņa die Zurückhaltung oder Passivität als eine aus sowjetischen Zeiten erlernte Form des Protests.¹²¹

Freimanis und Semanis äußern sich, die bisher dargelegten gesellschaftlichen Voraussetzungen resümierend, in denen sich die Demokratie entwickeln soll, kritisch bis skeptisch:

This feature creates wide opportunities for the politicians to manipulate the population and shapes the type of democracy produced. If the majority of the population has a »paternalistic« political culture and is generally quite passive and permanently engaged in the heavy everyday struggle for survival, political life objectively obtains an elitarian orientation. The political resources are concentrated in the hands of elites. But the population is not oriented towards active participation in political life and is predisposed »to put a mandate« to the hands of leaders and not to share responsibility.¹²²

Segert schreibt ganz ähnlich:

Besonders problematisch für die Konsolidierungsprozesse der Demokratie wird die mangelnde Kontrolle der Gesellschaft über ihre politische Repräsentation aber angesichts der sozialen Deprivation großer Teile der Bevölkerung und vor dem Hintergrund des an sozialer Gerechtigkeit und meritokratischen Verteilungsprinzipien ausgerichteten Wertehorizonts der Mehrheit der Bürger.¹²³

Ostrovska pflichtet mit eher pessimistischem Unterton bei, dass in Anbetracht einer langen Tradition staatlicher Dominierung und gesellschaftlicher Fragmentierung die Gesellschaft zu schwach organisiert sei und nicht die Kraft zur Kontrolle des Staates besitze, auch wenn offiziell eine demokratische Fassade besteht.¹²⁴

Die Zurückhaltung, das *Vakuum* in der *öffentlichen Arena* oder wie auch immer man die *Passivität* im öffentlichen Leben oder politische *Apathie* benennen will, lässt sich natürlich ausnutzen, weil im Falle einer prognostizierbaren Reaktion der Masse eine bestimmte Handlung erfolgen kann oder aber nicht, etwa die Gründung der *Volkspartei* durch Andris Šķēle oder der *Neuen Zeit* durch Einars Repše. Manipulation resultiert also so gesehen direkt aus der Passivität der Massen, sie liegt im Unverständnis derselben hinsichtlich ihrer Macht.

Die elitäre Kartellierung der Parteienfunktionen droht sich in einem intermediären Vakuum zu verfestigen, in dem der Repräsentationsgedanke der Demokratie zusehends ausgehöhlt wird.¹²⁵

Merkel beurteilt die Entwicklung also eindeutig negativ. Widmaier, Gawrich und Becker sind trotzdem der Ansicht, die Parteien hätten die Rekrutierungsfunktion bisher gut bewältigt, sie wagen sich jedoch nicht an eine Prognose, was geschieht, wenn der Mobilisierungseffekt der Übergangszeit verblasst und die Revolutionsgeneration abtritt, denn dass sich politisch weitgehend »Apathie und Lustlosigkeit« eingestellt hat, können auch sie nicht leugnen.¹²⁶ Wenn aber die Menschen kein Vertrauen in ihre Parteien haben, dann können die Parteien die Funktion des Politikvermittlers nicht übernehmen.¹²⁷ Auch hier werde das Wechselspiel deutlich, dass die Elite Funktionen nicht übernehmen könne, welche ihr nicht überlassen werden. Für Merkel ist die hohe Volatilität ein Anzeichen für die sich gegenseitig bedingende geringe Parteiidentifikation der Wähler und dafür, dass die Parteien ihrer Repräsentationsfunktion nur ungenügend nachkommen. Nichtsdestotrotz – und das wird vielfach verkannt – bleibt in einer Demokratie zunächst der Wähler der Hauptverantwortliche für die hohe Fluktuation oder Volatilität und damit für die Wandlungen des Parteiensystems. In Osteuropa ist es eben nur schwer möglich, um Stammwähler zu kämpfen und sie trotz ihrer Unsicherheit über die bevorzugte Partei und Abneigung gegenüber der Politik zur Wahl des geringeren Übels aufzufordern. Darum bezeichnet Ostrovska es als Erfolg, dass die unzufriedene Bevölkerung 1998 *Lettlands Weg* dennoch wieder mit 17 Mandaten ins Parlament schickte.¹²⁸ Insofern trägt die

129 Cf. Lagerspetz, Mikko/Vogt, Henri: Estonia. In: Berglund, Sten/Hellén, Tomas/Aarebrot, Frank H. (Hg.): *The Handbook of Political Change in Eastern Europe*. Cheltenham: Elgar 1998, p. 55, p. 59, p. 64. In Litauen gaben die Nichtwähler Anfang der 90er Jahre als Grund für ihre Abstimmung zu 32,6% Enttäuschung an, 17,9% meinten, ihre Stimme ändere nichts, 15,9% waren beschäftigt, 15,3% hatten kein Interesse an Politik und 14% fanden keine Partei, die ihre Interessen vertritt, 9% hielten Wahlen für nicht ausschlaggebend im Leben, 8,9% waren krank, 5,5% erhielten keine Aufforderung, 2,6% verstanden die Politik nicht und 0,4% verstanden das Wahlsystem nicht. Cf. Gaidys, Vladas: *Političeskaja aktivnost' i passivnost' v Litve (na primere oprocov obščestvennogo mnenija 1989-1996 godov*. In: *Pilsoniskā apziņa* [Riga] (1998), p. 201.

130 Cf. Lieven, Anatol: *The Baltic Revolution*. New Haven, London: Yale UP 1994, p. 294f.

131 Cf. Birch, Sarah: *Election and Representation in Post-communist Eastern Europe*. In: Klingemann, Hans-Dieter (Hg.): *Elections in Central and Eastern Europe*. Berlin: Ed. Sigma 2000, p. 16.

132 Cf. Lemke, Christiane: *Nachholende Mobilisierung, Demokratisierung und politischer Protest in postkommunistischen Gesellschaften*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 5 v. 04.01.1997, p. 37 und Meyer v. 24.01.1997, p. 23.

133 Cf. Klingemann, Hans-Dieter/Lass, Jürgen/Mattusch, Katrin: *Nationalitätenkonflikt und Mechanismen politischer Integration im Baltikum*. In: Segert, Dieter (Hg.): *Konfliktregelung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa*. Frankfurt/M.: Peter Lang 2001, p. 174f.

134 Cf. Steen 1997, p. 245f.

135 Cf. Ašmanis 1995, p. 9.

136 Cf. Segert/Stöss 1997, p. 425.

137 Cf. Nørgaard 1996, p. 106.

138 Cf. Lagerspetz/Vogt 1998, p. 59.

139 Cf. Semanis, Einars: *The Transition of the Political Regime in Latvia, Preelection Situation in 1993*. Manus. Riga 1993, p. 9.

140 Cf. Toomla, Rein: *Eesti erakonnad*. Tallinn 1999, p. 256.

Bevölkerung wenigstens teilweise selbst die Verantwortung. Lagerspetz' treffende Bemerkung über die häufig anzutreffende Einstellung: »Politics doesn't interest me« belegt das, egal ob die Ursache dafür in den zahlreichen politischen Skandalen liegt. Das allein ist noch kein Argument für die Unterstützung von Anti-Parteien, denn »general disillusionment«¹²⁹ kann man ebenso im Westen finden. Unter diesen Umständen ist es für eine regierende Partei unglaublich schwierig, an der Macht zu bleiben. Lieven urteilt ganz richtig: »[Y]ou just cannot win in post-Soviet politics.«¹³⁰

Die Zurückhaltung der Bevölkerung wird von manchen Autoren noch aus einem anderen Blickwinkel gesehen: Birch spekuliert, das Volk könne gerade zu Anfang der neuen Freiheit vom vorher ritualisierten Wahlzwang Abstand nehmen und überhaupt nicht wählen.¹³¹ Diese Vermutung lässt sich glücklicherweise nicht bestätigen; eher war zu Anfang der Demokratisierung besonders in den gerade erst unabhängig gewordenen Staaten die Begeisterung und damit die Wahlbeteiligung außer- und damit ungewöhnlich hoch. Die Situation hat sich in den zehn Jahren seit der Wende jedoch grundlegend geändert, wie Meyer beschreibt. Nach den Protestwellen der Jahre 1989 und 1990 prägte eine schweigende, resignierte Mehrheit heute das Bild. Um so überraschender, wenn Lemke eine gewisse Gefahr in der Tradition der Protestkultur auf dem Weg zu demokratischen Konfliktmustern sieht.¹³² Diese Protesthaltung auf Grund eines mangelnden Zugehörigkeitsgefühls wenn nicht fehlender Loyalität stammt aus der Umbruchphase in Opposition zum Regime und führt in der Demokratie zur weit verbreiteten Einstellung, die Klasse der Politiker stünde irgendwo außerhalb der Gesellschaft. Mattusch und Lass stellen zwar ebenfalls die berechtigte Frage, wie sehr sich die rituelle Form der Partizipation im Sozialismus durch eine zielorientierte ersetzt hat, und stellen fest, dass die Teilnahme an der Wahl als zentrales Instrument von der Bevölkerung akzeptiert wird.¹³³ Steen bezeichnet das zweifelhafte Zusammenspiel von tiefem Misstrauen gegenüber der Elite mit einer hohen Partizipation als Ursache für die hohe Volatilität.¹³⁴ Doch während die hohe Partizipation nur Anfang der 90er Jahre gegeben war und seither die Wahlbeteiligung in den baltischen Staaten drastisch zurückging, hat die Volatilität nicht nachgelassen.

Es bleibt sicher eine der grundsätzlichen Schwächen der Demokratie, dass sie ihre Bürger nicht zwingen kann, demokratisch zu denken und zu handeln. Somit handelt es sich bei der Frage nach einer funktionierenden Zivilgesellschaft um einen Aspekt, der sich von der Elite keines Landes wirklich beeinflussen lässt; der einzelne Politiker kann die Masse nicht dahingehend manipulieren, wie Ašmanis allerdings nur den Idealfall charakterisiert.¹³⁵ Während im Westen Rechtsstaat, Demokratie und Sozialstaat in dieser Reihenfolge eingeführt wurden, so Segert, sind in Osteuropa die Erwartungen an den Staat andere und somit just der Sozialstaat zur Konsolidierung von Demokratie und Staatswesen eine wesentliche Voraussetzung.¹³⁶ Demzufolge muss eventuell die Frage neu gestellt werden, ob das Modell der Transformationsforschung von Demokratisierung, Transformation und Konsolidierung in dieser Form verifizierbar ist, denn die baltischen Gesellschaften erweisen sich einstweilen noch als zutiefst undemokratisch.

1.5 Personen statt Programme

Resümierend lässt sich Nørgaard nur zustimmen: »The political culture is the most difficult to concretize when dealing with emerging democracies.«¹³⁷ Dass nach 50 Jahren Sozialismus die Begriffe »Wahrheit« oder »Ideologie« diskreditiert sind und die Menschen unter dem Stichwort »Partei« zunächst nur die kommunistische verstehen, zwingt die Politiker zur Adaption der Abneigung gegen Parteien und Weltanschauungen. Dieser *Anti-Parteien-Effekt* – dieser Begriff von Bymes wurde anfangs schon eingeführt – führt zu unpolitischen *Anti-Parteien*, was schon mit deren Bezeichnung – *Lettlands Weg, Neue Partei, Neue Zeit, Vaterland* oder *Reformpartei* – beginnt und sich in ihrem Selbstverständnis fortsetzt. Zu Beginn stand die *Volksfront*, die schon dem Namen nach eine Koalition der wichtigsten politischen Kräfte darstellt und ihrem Selbstverständnis nach eine Bewegung ist. Heute fällt es der Bevölkerung und teilweise auch der Elite auf Grund der Orientierungsprobleme schwer, sich von dem Ideal der Bewegung zu trennen, geschweige denn den Entwicklungen des Parteiensystems zu folgen.¹³⁸

Darum sind fast ausschließlich bekannte Führungspersonen identitätsstiftend und genießen erheblich mehr Vertrauen in der Bevölkerung, bekräftigt Semanis: »This is the only objective option for the voter, if the party system is in embryonic phase of the development.«¹³⁹ Und das lässt sich sogar demografisch nachweisen: 60% der Esten bevorzugen, konkreten Per-

141 Cf. Juchler 1994, p. 127.

142 Cf. Zepa v. 20.04.1999.

143 Cf. v. Beyme 1994, p. 281f.

144 Cf. Juchler 1994, p. 137.

145 Cf. Šteins v. 19.03.1992.

146 Cf. Ostrovska 1996 u. 1997, p. 70.

147 Cf. Grofman, Bernard/Mikkel, Evald/Taagepera, Rein: Fission on Fusion of Parties in Estonia. In: Journal of Baltic Studies 4 (2000), p. 349.

sonen die eigene Stimme zu geben als konkreten Parteien.¹⁴⁰ Als ausschlaggebend dafür darf man annehmen, dass kaum jemand mit einem Parteinamen oder Programm antreten könnte, welches so überzeugend wäre, dass in einer Gesellschaft, in der ein ideologisches Zugehörigkeitsgefühl mangels Cleavages noch im Entstehen begriffen ist, der Sprung ins Parlament auf Anhieb gelingt.

So werden bis in die Gegenwart populäre Politiker ermutigt, durch die Gründung einer eigenen Partei ihre politischen Feinde zu isolieren und die eigene Spitzenposition zu sichern. Das fördert seinerseits häufigere Spaltungen wegen persönlicher Rivalitäten an Stelle von Zusammenschlüssen ideologisch ähnlicher Parteien.¹⁴¹ Ähnlich gelagert sind die vorwiegend in Lettland anzutreffenden Neugründungen mit unterschiedlichsten Namen, die ob ihrer Gründer gute Aussicht auf Erfolg haben. Beispiele dafür sind Andris Šķēle mit der *Volkspartei* und der Komponist Raimonds Pauls, dessen Spitzenkandidatur für *Die Neue Partei* 1998 dieses Phänomen am deutlichsten zeigt. Interessant ist, dass Pauls sich als Musiker überhaupt wieder in die Politik begeben hat, nachdem er sich doch zu Beginn der Unabhängigkeit 1993 schon einmal zurückgezogen hatte. Trotz fehlender politischer Aussagen vertraut ihm die Bevölkerung, denn just jene Wähler, die behaupteten, für die Liste gestimmt zu haben, die ihnen am ehesten gefällt, waren zu 25% Pauls' Wähler.¹⁴² 2002 meldete sich der Präsident der lettischen Zentralbank in die Politik zurück. Einars Repše führt auf Grund der Stabilität des *Lat* seit der Unabhängigkeit – und damit seinem Amtsantritt – die Tabelle der populärsten Politiker an, ohne eigentlich einer zu sein.

Von Beyme führt die Personalisierung der Politik in Osteuropa außerdem darauf zurück, dass kaum einer der Akteure im alten Regime ein »unbeschriebenes Blatt« gewesen sei,¹⁴³ was sich angesichts der Belastung durch die kommunistische Vergangenheit für viele Personen eher hätte als Nachteil auswirken können. Die Kontinuität der Elite ist letztlich wenig überraschend, handle es sich nun um frühere Kommunisten oder Gegner des Regimes. Beide entwickelten sich in der Umbruchphase zu Führern gesellschaftlicher Segmente, die sie nun in mehr oder weniger veränderter Konstellation weiter vertreten. Folglich macht sich die Personalisierung an folgenden drei Punkten fest:

- Personen beschließen über die ideologische Ausrichtung einer Partei und deren Veränderung.
- Personen werden eingeladen, die Gründung einer Partei zu unterstützen.
- Parteien ohne Galionsfigur verschwinden – allen voran historische.

Dabei führt das ideologische Vakuum, welches seinerseits der beschriebenen Orientierungslosigkeit der Wähler und der inhaltlichen Lehen politischer Orientierungen durch die Elite zu verdanken ist, zu einer großen Beliebigkeit im Kombinieren unterschiedlicher Inhalte.¹⁴⁴ Šteins vertritt zwar die Ansicht, es sei während der Bildung von Parteien normal, wenn die Politiker ihre Orientierung suchend das politische Label wechseln, es habe nichts zu bedeuten, wenn ein Politiker vorher einer anderen Partei angehörte;¹⁴⁵ diese liberale Einstellung könnte allerdings auch als Entschuldigung dafür verstanden werden, dass Šteins selbst innert kurzer Zeit eine Kehrtwendung von den Sozialdemokraten hin zu einer eigenen – völlig erfolglosen – konservativen Partei vollzog. Ostrovska beurteilt diese Wendigkeit eindeutig negativ; manche bekannte Politiker hätten es bereits geschafft, seit der Unabhängigkeit in drei bis vier Parteien gewesen zu sein.¹⁴⁶ Beide Ansichten sind für eine freie Gesellschaft zu radikal. Es kann auf der einen Seite nicht möglich sein, den Parteiwechsel zu verbieten. Andererseits lässt ein wiederholter Wechsel die Beliebigkeit blühen und das Vertrauen schwinden. »Voter loyalty to party labels hardly could develop any further during the rest of the decade, as long as politicians kept party-hopping and changing the labels.«¹⁴⁷ Nichtsdestotrotz unterstreicht diese Beobachtung nur die Orientierungslosigkeit, welche schon für die Wähler konstatiert wurde, und ist für die Elite, welche schließlich auch nur ein Teil derselben Gesellschaft ist, ebenso gültig.

Manche der auf diese Weise entstandenen Parteien verdienen diesen Namen vielleicht nicht: Sie bestehen aus kaum mehr als einem Vorsitzenden und Stellvertretern, verfügten schon während des Wahlkampfes über kein Büro und haben sich inzwischen völlig aufgelöst. Die Erfolgreicheren drängen sich jedoch in den Vordergrund und stellen ganz unabhängig von der Größe ihrer Fraktion Forderungen. Feldmanis hält es in Anbetracht der passiven Haltung der Bevölkerung für unwahrscheinlich, dass den Letten die Lust an der Demokratie vergangen sei. Vielmehr seien es die »Übertreibungen der Demokratie«, die dazu führen, dass ein bis zwei

148 Cf. Goethe-Institut Riga: Rīgaer
Gespräche. Kāpēc trīsdesmitos ga-
dos demokrātija cieta neveiksmi gan
Vācijā, gan Latvijā? Rīga s.a., p. 28f.
Das Originalzitat: »demokrātijas
pārspilējumi.«

149 Cf. Blūzma, Valdis: Politisko par-
tiju veidošanās Latvijā pirmsākumi.
In: Latvijas Universitātes žurnāla
»Latvijas Vēsture« fonds, Latvijas Zi-
nātņu akadēmijas Baltijas stratē-
ģisko pētījumu centrs (Hg.): Latvijas
valsts atjaunošana 1986.-1993. Rīga
1998, p. 265.

150 Cf. Broks, Jānis/Ozoliņš,
Uldis/Ozolzīle, Gunārs/Tabuns, Ai-
vars/Tisenkopfs, Tālis: Demokrātijas
stabilitāte. Latvijā: priekšnoteikumi
un izredzes. In: Tabuns, Aivars (Hg.):
Sabiedrības pārmaiņas Latvijā. Rīga
1998, p. 154.

151 Cf. Widmaier/Gawrich/Becker
1999, p. 188f.

152 Cf. Ettmayer, Wendelin: Estland.
Der Aufbruch nach Europa. Berlin:
Berlin Verl. Spitz et al. 1999, p. 110.

153 Cf. Segert 1998, p. 93.

154 Cf. Crome, Erhard: Politische Sta-
bilität im Osten Europas und ihre
ethnisch-nationalen Gefährdungen.
In: Segert 1994, p. 195.

155 Cf. Kerner, Manfred/Gobiņš,
Mārcis: Politische Parteien in Lett-
land. Persönlichkeiten, Programme,
Perspektiven. In: Osteuropa 47
(1997), p. 148.

156 Cf. Daatland 1997, p. 152.

157 Cf. Segert 1996, p. 15, p. 27.

158 Cf. Arte 1996, p. 188, p. 207f.

159 Cf. Wolff-Poweska 1995, p. 46.

Personen über das Schicksal von Regierungen entscheiden, und kleine Parteien einen zu gro-
ßen Einfluss in der Politik hätten.¹⁴⁸ Dafür findet sich in Lettland jedoch kein Beispiel. Die
Demokratische Partei etwa, die sich ohne konkretes Profil wie viele andere auch als zentristisch
bezeichnete, strich schon kurz nach der Wahl 1993 das »Zentrum« aus ihrem Namen, um mehr
als nur das Zentrum anzusprechen, wie es hieß. Den Eintritt in die Regierung erreichte sie den-
noch nicht.

Solche taktischen Winkelzüge gehören häufig zum Alltag der Politiker, und zur Not wider-
spricht man sich auch schon einmal selber. Noch im Wahlprogramm von 1993 äußerten bspw.
die Strategen der *Lettischen Nationalen Unabhängigkeitsbewegung*, eine Rücksichtnahme auf
den Umweltschutz sei bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage nicht möglich. Dieselben Politi-
ker kandidierten aber in einer Wahlkoalition mit den – wenn auch in Lettland ausgesprochen
wertkonservativen – *Grünen*. Selbst wenn in deren Reihen keine postmaterialistischen Gesell-
schaftsvorstellungen vertreten werden wie in Westeuropa, gehört doch der Umweltschutz zu
den zentralen Anliegen.¹⁴⁹

Broks, Ozoliņš, Ozolzīle, Tabuns und Tisenkopfs sehen darum große Schwierigkeiten für
den Wähler, die Parteien und ihre Tätigkeit zu verfolgen, da es noch keine Zivilgesellschaft gibt
und die Parteien einstweilen unstrukturiert und eher auf den Kampf um Wähler als politische
Inhalte fixiert sind.¹⁵⁰ Unzufriedenheit über den zu langsamen und entbehrungsreichen Wandel
von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft und von der Diktatur zur Demokratie können
jederzeit von heute auf morgen einen neuen Stern aufgehen lassen, während die alten ge-
nauso schnell in der Versenkung verschwinden. Die beiden Gewinner der lettischen Wahl von
1995, Joachim Siegerist (als nicht wählbarer Exponent der von ihm finanzierten gleichnamigen
Partei) und die *Demokratische Partei Hausherr*, bekamen drei Jahre später nur rund ein Prozent
der Stimmen. Von einer Parteiendemokratie kann also keine Rede sein. Momentan und wohl
auch in der näheren Zukunft kann und darf jeder – vermeintliche – Sympathieträger noch
glauben, durch die Gründung einer neuen eigenen Partei an Macht zu gewinnen. Parteien und
Fraktionen bestimmen darum ihren Standort völlig frei und scheuen nicht vor drastischen Än-
derungen zurück. Das schließt die Chancen für Quereinsteiger, darin ist Widmaier, Gawrich
und Becker zuzustimmen, ganz klar ein, wie das Beispiel Šķēle in Lettland belegt.¹⁵¹

Wo Persönlichkeit derart wichtig ist, braucht es nicht zu verwundern, wenn sich die Politi-
ker »im Gegeneinander leichter verbünden als im Miteinander«,¹⁵² wie Ettmayer feststellt.
»Abspaltungen und Neugründungen liegen so nicht selten weniger programmatische Unter-
schiede als persönliche Animositäten zugrunde.«¹⁵³ Abspaltungen verlaufen oft nicht entlang
der Konfliktlinien, sondern entlang persönlicher Bekanntschaften, Netzwerke oder Elitegrup-
pen. Wie schon in den vorangegangenen Kapiteln festgestellt, sind diese Strukturen die Kon-
fliktlinien in einer noch nicht ausdifferenzierten Gesellschaft. Der Grund dafür liegt sicher
nicht nur in persönlichen Meinungsverschiedenheiten. Vielmehr geht es um Distanz. Unpopu-
larität stellt die Ursache der Parteienbildung und der Parteiendoppelung dar. Es tobe ein Kon-
kurrenzkampf v.a. auch innerhalb der politischen Lager um die Vorherrschaft,¹⁵⁴ so Crome. Ker-
ner hält diese Urteile zwar für übertrieben, zitiert jedoch selbst den lettischen Politiker Alek-
sanders Kiršteins mit einer ähnlichen Ansicht.¹⁵⁵

Anti-Persönlichkeits-Effekte führen also zu politischen Allianzen einander programma-
tisch eher fremder Parteien, während einander ideologisch nahestehende Parteien nicht zu-
sammen finden, resümiert Daatland,¹⁵⁶ was nach Segerts Ansicht darauf zurückzuführen ist,
dass in der spätsozialistischen Periode »persönliches Vertrauen wichtiger war als der prinzi-
pielle Streit um die richtige politische Lösung.«¹⁵⁷ Schon die aus der estnischen *Volksfront* ent-
standenen Parteien bezeichnet Arter als Anti-Savisaar-Parteien: »The anti-Savisaar factor was
[...] a powerful contributory element in the birth of several nascent groupings.« Das gleiche
gilt in den folgenden Jahren ebenfalls für die Spaltungen der Regierungsparteien *Estnische
Nationale Unabhängigkeitspartei* und *Vaterland*.¹⁵⁸

Fehlende Kompromissbereitschaft ist sowohl Auslöser als auch Folge in diesem System,
was Wolff-Poweska als politische Überaktivität bezeichnet: »Dutzende von Parteien – mit
stark eingeschränkter Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zum Kompromiß – traten zum
Wahlkampf an.«¹⁵⁹ Während Savisaar sich wegen seiner autoritären Art Freunde verspielte,
was im Aufnahmeskandal 1995 gipfelte, war Šķēle in Lettland in der Bevölkerung zu populär
geworden. So erklärt sich die Anti-Šķēle-Koalition nach den Wahlen 1998, die nur knapp mit
wechselnden Mehrheiten im Parlament regierte. Die Dreierkoalition unter Ausschluss von
Savisaar nach den Wahlen 1999 in Estland passte zumindest ideologisch weitgehend zusam-
men.



160 Cf. Mair, Peter: Party System Change. Approaches and Interpretations. Oxford: Oxford UP 1996, p. 193.

161 Cf. Vardys, Vytautas Stasys: Lithuanian Political Culture and the Demands of Time. In: Lithuania Today (March 1994), p. 5ff.

162 Cf. Nissinen 1999, p. 200.

163 Ibid., p. 206.

164 Cf. Wolff-Poweska 1995, p. 45.

165 Cf. Mikkel, Evald: The Cleavage Formation and the Emergence of ›Party Systems‹ in the Post-Soviet Societies: Estonia and Lithuania Compared. s.l. 1998, p. 17.

166 Cf. Segert/Machos 1995, p. 49f.

Mairs These von der Tendenz der Eliten zu Konfrontation statt Kompromiss¹⁶⁰ wird insbesondere für Litauen von dortigen Wissenschaftlern bestätigt, wo ja immer von einer starken Polarisierung die Rede war. »Lithuania's political culture is also characterized by intolerance and unwillingness to seek a compromise.« Und wurde die Mehrheit einmal gewonnen, »it is being perceived in the traditional Soviet way, notably – having a majority means one is entitled to function as a bulldozer«. ¹⁶¹ Vergleichbare Feststellungen lassen sich über Lettland finden:

The hindrance to interparty cooperation is not a polarization of the party system in terms of sharp ideological contrast but rather it reflects an immature political culture, entailing an inability to make compromises.¹⁶²

Hierin liegt die Ursache für Aus- und Übertritte populärer Politiker ebenso wie für Parteineugründungen: »One cannot avoid a feeling that everybody simply wanted to be a party leader.«¹⁶³ Allerdings kann diese Erkenntnis mühelos dadurch ergänzt werden, dass die Minderheit oftmals über das allgemeine Harmoniebedürfnis hinausgehend Beachtung erwartet.

Doch nicht allein die Bevölkerung ist auf solche Irrtümer abonniert. Nissinen widmet der Elite ein ganzes Kapitel unter der Überschrift *Intellectual's Schizophrenic Attitude to Democracy*.¹⁶⁴ Die Überraschung jedoch entspringt mehr der westlichen Rezeption, denn da die Elite letztlich ein Teil ihrer (Transformations-)Gesellschaft ist, verwundert es nicht, wenn Politiker und Volk sich ähneln; beide sind nicht bereit sind, nach Kompromissen zu suchen und »dicke Bretter zu bohren«.

Wie das lettische Beispiel der beiden liberalkonservativen Parteien *Volkspartei* und *Lettlands Weg* zeigt, ist es sogar mitunter im Interesse der Stimmenmaximierung und des Wahlsieges sinnvoll, Parteien nicht zu vereinen, sondern getrennt anzutreten. Für manchen Wähler ist die ein oder andere Person unannehmbar, und das könnte die ganze Partei unwählbar machen. Nach der Wahl sind ohnehin Koalitionen erforderlich, und die sich nahestehenden Fraktionen können zusammenarbeiten. Die politische Elite ist folglich geradezu gezwungen, auf diese Weise auf der Klaviatur der Befindlichkeiten im Volke zu spielen, solange das Werben um Mehrheiten mit den eigentlichen Ideen nicht erfolgversprechend ist. »Das gesellschaftliche Verhalten in den neuen europäischen Demokratien erfolgt in hohem Maße nach dem Gesetz des Pendelns und Abreagierens.«¹⁶⁴ Konkret auf die Entwicklung des Parteiensystems bezogen, liest sich das bei Mikkel wie folgt: »the constellation of parties – kaleidoscopic changes of party labels and positions from one election to the next – is another common feature.«¹⁶⁵ Viele aus den antikommunistischen Umbrella-Parteien entstandenen Parteien vereinen nach wie vor widersprüchliche politische Ideen. Die Entwicklung des Parteiensystems wird dadurch geradezu zum Spielball der Zufälligkeit, wer wann welche Idee umsetzt. Eine mögliche weitergehende Reduktion auf Persönlichkeiten könnte zu der zugespitzten Behauptung führen, dass die Parteienlandschaften und ihre Dynamik nicht mehr als das zufällige Ergebnis der Vorlieben populärer Politiker sind.

Angesichts der anhaltenden kritischen sozialen Situation ist es fraglich, ob sich die (klassischen) gesellschaftlichen Konflikte oder Cleavages stabilisieren werden. Der Bekanntheitsgrad von Parteien, die schon eine Weile existieren, wird sicher zusätzlich von Bedeutung sein und vielleicht die Zufriedenheit des ein oder anderen Wählers beeinflussen, weshalb es zu einer Beruhigung der Verwerfungen im Parteiensystem kommen könnte. Der dauernde Erfolg von *Lettlands Weg* scheint von dieser Möglichkeit ebenso zu zeugen wie Mart Laars Rückkehr an die Macht.

Das Verhalten der Elite analysierend sollte zudem nicht unterschätzt werden, dass in so kleinen Ländern wie den baltischen Staaten weitgehend jeder jeden kennt und Sympathien somit auf alte Erinnerungen zurückzuführen sein können. Es macht darum für den Wähler kaum noch Sinn, neuen Parteien seine Stimme zu geben, ihre Vorsitzenden werden ohnehin immer wieder die gleichen bekannten Figuren aus Politik, Wirtschaft und Kultur sein. Lediglich aus der Sicht des Gründers kann der Schritt als Sicherung der eigenen Karriere für eine Legislaturperiode gelten. Die Regierungsbildung wird dadurch nicht einfacher, alle Varianten wurden bisher weitgehend auf eine ungewöhnliche Art des *trial and error* durchgespielt. Doch jetzt heißt es »das Spiel ist aus«. Etwas grundlegend Neues ist jetzt nicht mehr zu erwarten, ob mit oder ohne Einars Repše und Rein Taagepera, deren Parteien zwar eine Hoffnung sind, die aber höchstwahrscheinlich nur in die nächste Enttäuschung mündet.¹⁶⁶

167 Cf. Jesse, Eckhard: Wetterwendische deutsche Wähler? In: Neue Zürcher Zeitung v. 07.07.2000.

168 Cf. Segert/Stöss 1997, p. 380.

169 Cf. Nørgaard 1996, p. 97.

170 Cf. Segert/Stöss 1997, p. 401.

171 Cf. Widmaier/Gawrich/Becker 1999, p. 186f.

172 Cf. Segert 1998, p. 106.

173 Cf. Arter 1996, p. 217.

174 Cf. Kitschelt, Herbert: Die Entwicklung postsozialistischer Parteiensysteme. Vergleichende Perspektiven. In: Wollmann/Wiesenthal/Bönker 1995, p. 476.

175 Cf. Crome 1994, p. 194f.

1.6 Parteien in der »post-sozialistischen Postmoderne«

Welchen Dienst leisten diese Erkenntnisse für eine Aussage über die Entwicklung der Parteienlandschaft in den baltischen Staaten, wenn Jesse in einer Analyse über die Wahlen in Deutschland 1998 dort zu ähnlichen Ergebnissen kommt? Unter der Zwischenüberschrift *Eher Personen als Programme* erinnert er an die Praxis des Koalitionswechsel nach 1945 und stellt vergleichend zur heutigen Situation fest, dass SPD und FDP in jüngster Zeit immer mehr als nur eine Koalitionsoption haben, während CDU und Grüne auf den klassischen Partner angewiesen sind. Hatten 1956 und 1966 die Koalitionswechsel der FDP in Nordrhein-Westfalen keine politischen Folgen, so ist es diesmal der Nichtwechsel des Koalitionspartners in diesem Bundesland, welcher der SPD neben den Grünen die Option der FDP offen hält und damit sogar die Ampelkoalition.¹⁶⁷ Verliert damit die bisher getroffene Aussage über Osteuropa ihren Wert?

Nach Segert trifft das insofern zu, als es auch im Westen kleine und in der Gesellschaft schwach verankerte Parteien gibt, die programmatisch unscharf sind und denen vorgeworfen wird, sich vom Volk abgekoppelt zu haben.¹⁶⁸ Wenn das ein Entwicklungstrend sein sollte, wird es vielleicht in Osteuropa dabei bleiben, dass Parteien eher Wahlclubs sind. Widmaier, Gawrich und Becker stellen im Vergleich zu den in westlicher Sicht verankerten Untersuchungen trefendere Postulate über die Parteien in Osteuropa auf. Er betrachtet die fehlende Bindung zwischen Parteien und Bevölkerung nicht nur als negativ, sondern sieht darin auch eine Chance. Hier sei es nicht wie bei westlichen Massenparteien etwa für eine Koalition erforderlich, die Unterstützung der Basis zu gewinnen. An die Stelle der »Massenlogik« tritt die »Einflusslogik«. Der Nachteil sei freilich eine größere Tendenz zu Spaltungen. Eine Vermutung, die sich in vielen Staaten empirisch bestätigen lässt. Widmaier, Gawrich und Becker prognostizieren angesichts einer nicht zu erwartenden Verwurzelung des Parteiensystems im Volk nach westlichem Muster – weniger als ein Prozent der Bevölkerung sind Parteimitglieder¹⁶⁹ –, dass weitere Verwerfungen wohl auch künftig zu erwarten sind.

Doch auch darin sehen Widmaier, Gawrich und Becker Vorteile: Während sich die Parteien im Westen auf die Postmoderne erst einstellen müssen – das Modell Mitgliederpartei ist hier ebenso im Verschwinden begriffen –, arbeiten die Parteien in Osteuropa seit jeher mit partiellen und temporären Koalitionen nach wahltaktischen Gesichtspunkten. Segert und Stöss weisen in Anbetracht der auch im Westen durch den Wertewandel der 80er Jahre zu beobachtenden Veränderungen darauf hin, dass sich die Gesellschaften in Ost und West gleichermaßen im Umbruch befinden. »Osteuropa befindet sich in einer ›doppelten Krise‹, wovon eine allerdings identisch ist mit der, die den Westen plagt.«¹⁷⁰

Widmaier, Gawrich und Becker widersprechen partiell dem Urteil Merkels, der Lettland wegen der fehlenden Beteiligung der Russen als defekte Demokratie bezeichnet, wenn er in dieser *Output-Orientierung* »kein gravierendes Funktionsdefizit des Parteiensystems von nicht erfülltem Partizipationsverlangen von Seiten der Bevölkerung feststellen«¹⁷¹ will. Segerts Parteienfunktionen Zieldefinierungsfunktion, Artikulations- und Aggregationsfunktion, Mobilisierungsfunktion und Sozialisierungsfunktion sowie Elitenrekrutierungs- und Regierungsbildungsfunktion¹⁷² erfüllen die baltischen Parteien größtenteils, wenn man von den Problemen der Zieldefinierung und Aggregation in einer politisch passiven Gesellschaft absieht. Arter bezieht den Standpunkt, es gebe keine Parteiendemokratie: »[P]arties do not yet control or dominate political society and the mobilisation, socialisation and organisation (input) functions are but imperfectly performed.«¹⁷³ Es mag eine unbefriedigende Erklärung sein, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung ob der alltäglichen Sorgen sowieso nicht für Politik interessiert und wegen diverser Skandale teils gänzlich abgewandt hat. Zur Wahl geht man bestenfalls aus demselben Kalkül, aus dem die Parteien schließlich im Parlament ohne Basis agieren; entschieden wird weniger aus Überzeugung als auf Grund kurzfristiger Überlegungen. Kitschelt stellt fest, Wähler wie Politiker machen ihre Entscheidung vom Eigeninteresse abhängig,¹⁷⁴ und Crome fügt hinzu, dass die Wähler sich immer wieder *ad hoc* neu entscheiden; sie sind »ggf. relativ rasch bereit, Koalitionen, die sich augenscheinlich nicht bewährt haben, ebenso rasch wieder zu lösen, wie sie geschlossen wurden.«¹⁷⁵ Doch dieses Eigeninteresse muss erst einmal vorhanden sein und erkannt werden, der Wähler sich als Souverän, also Subjekt in dieser Frage begreifen und nicht als Opfer der Politik. Taagepera hatte bereits 1990 einerseits vor einem zu normativen Verständnis von Demokratie gewarnt, welches zu kurzlebigen Kabinetten führen



176 Cf. Taagepera, Rein: Democracy in Estonia 1990. In: aabs Newsletter 57 (March 1991), p. 13f.

könnte und die Demokratie instabil mache. Andererseits hatte er darauf hingewiesen, dass die Ideologisierung der Parteien im Westen ebenfalls zunehmend dem Ziel der Stimmenmaximierung weiche.¹⁷⁶

